

**Klageschrift der Republik Südafrika
an den Internationalen Gerichtshof
zur Einleitung eines Verfahrens gegen den Staat Israel
AUSZÜGE für eine Lesung von ca. 3 Stunden**

Inhaltsverzeichnis

Antrag auf Einleitung eines Verfahrens und Antrag auf Erlass einer einstweiligen Maßnahme.....	2
VERFAHRENSEINLEITENDE KLAGESCHRIFT.....	2
II. Zuständigkeit des Gerichtshofs.....	13
III. Die Fakten.....	15
A. Einführung.....	15
B. Hintergrund.....	19
1. Der Gaza-Streifen ("Gaza").....	19
2. Das Westjordanland (einschließlich Ost-Jerusalem).....	34
3. Die Anschläge in Israel vom 7. Oktober 2023.....	43
C. Völkermorde am palästinensischen Volk.....	46
1. Tötung von Palästinensern in Gaza.....	49
2. Schwere körperliche und seelische Schäden für Palästinenser in Gaza verursachen.....	54
3. Massenhafte Vertreibung von Palästinensern aus ihren Wohnungen und Vertreibung von Palästinensern in Gaza.....	57
4. Verweigerung des Zugangs zu angemessenen Nahrungsmitteln und Wasser für Palästinenser in Gaza.....	61
5. Verweigerung des Zugangs zu angemessenen Unterkünften, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen für Palästinenser in Gaza.....	72
6. Verweigerung angemessener medizinischer Hilfe für Palästinenser in Gaza.....	77
7. Zerstörung des palästinensischen Lebens in Gaza.....	90
8. Verhängung von Maßnahmen zur Verhinderung palästinensischer Geburten.....	97
D. Äußerungen von Völkermordabsichten gegen das palästinensische Volk durch israelische Staatsbeamte und andere.....	101
E. Anerkennung der völkermörderischen Absichten Israels gegen die Palästinenser.....	113
IV. Die Anspruchsgrundlagen.....	117
V. Prozessuales.....	119
Antrag auf einstweilige Maßnahmen.....	122
A. Zwingende Umstände machen die Anordnung einstweiliger Maßnahmen erforderlich.....	125
C. Die beantragte Rechtsverteidigung, ihre Glaubhaftmachung und der Zusammenhang zwischen den Vorschriften und den beantragten Maßnahmen.....	129
D. Die Gefahr irreparabler Schäden und die Dringlichkeit einer Intervention.....	131
E. Beantragte vorläufige Maßnahmen.....	133
Beschluss des internationalen Gerichtshofs am 26. Januar 2024.....	139

Vollständige Übersetzung und weitere Dokumente
auf der Seite <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/klage-sudafrikas-vor-dem-igh>

Version 1 vom 25. Februar 2024

**Klageschrift der Republik Südafrika
an den Internationalen Gerichtshof
zur Einleitung eines Verfahrens gegen den Staat Israel
29. Dezember 2023**

**Antrag auf Einleitung eines Verfahrens und Antrag auf
Erlass einer einstweiligen Maßnahme**

VERFAHRENSEINLEITENDE KLAGESCHRIFT

Die von der Regierung der Republik Südafrika ordnungsgemäß bevollmächtigten Unterzeichneten erklären gegenüber dem Kanzler des Internationalen Gerichtshofs folgendes:

Ich beehre mich, gemäß Artikel 36 Absatz 1 und Artikel 40 der Satzung des Gerichtshofs sowie Artikel 38 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs die vorliegende Klageschrift einzureichen, mit der ich im Namen der Republik Südafrika ("Südafrika") ein Verfahren gegen den Staat Israel ("Israel") einleite.

Gemäß Artikel 41 der Satzung enthält die Klageschrift einen Antrag an den Gerichtshof, einstweilige Maßnahmen anzuordnen, um die hierin geltend gemachten Rechte vor einem drohenden und nicht wieder gutzumachenden Verlust zu schützen.

I. Einführung

1. Dieser Antrag bezieht sich auf Handlungen, die die israelische Regierung und das Militär des Staates Israel im Anschluss an die Angriffe auf Israel am 7. Oktober 2023 gegen das palästinensische Volk angedroht, beschlossen, geduldet und unternommen hat und weiterhin unternimmt.

Das palästinensische Volk ist eine eigenständige nationale, rassische und ethnische Gruppe.

Südafrika verurteilt unmissverständlich alle Verstöße gegen das Völkerrecht durch alle Parteien, einschließlich der direkten Angriffe auf israelische Zivilisten und andere Staatsangehörige sowie die Geiselnahmen durch die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen.

Verstöße gegen die Konvention von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkerrechts („Völkermordkonvention“ oder „Konvention“) sind weder gesetzlich noch moralisch gerechtfertigt, selbst wenn ein schwerwiegender Angriff auf das Hoheitsgebiet eines Staates erfolgte und Gräueltaten begangen wurden.

Die von Südafrika beanstandeten Handlungen und Unterlassungen Israels haben den Charakter des Völkermords, weil sie darauf abzielen, einen wesentlichen Teil der nationalen, rassischen und ethnischen Gruppe der Palästinenser, nämlich den Teil der palästinensischen Gruppe im Gazastreifen ("Palästinenser in Gaza"), zu vernichten.

Die fraglichen Handlungen umfassen das Töten von Palästinensern im Gazastreifen, das Verursachen schwerer körperlicher und seelischer Schäden und das Auferlegen von Lebensbedingungen, die auf die physische Vernichtung der Palästinenser im Gazastreifen abzielen.

Die Handlungen sind alle Israel zuzuschreiben, das es versäumt hat, Völkermord zu verhindern und unter offenkundiger Verletzung der Völkermordkonvention Völkermord begeht. Auch gegen seine anderen grundlegenden Verpflichtungen im Rahmen der Völkermordkonvention hat Israel verstoßen und Israel verstößt weiterhin dagegen, unter anderem dadurch, dass es die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord durch hochrangige israelische Beamte und andere nicht verhindert oder bestraft.

2. [...] Es ist es wichtig, die völkermörderischen Handlungen in den breiteren Kontext des Verhaltens Israels gegenüber den Palästinensern während seiner 75-jährigen Apartheid, seiner 56-jährigen kriegerischen Besetzung palästinensischer Gebiete und seiner 16-jährigen Blockade des Gazastreifens zu stellen, einschließlich der damit verbundenen schwerwiegenden und andauernden Verletzungen des Völkerrechts, einschließlich schwerer Verstöße gegen die Vierte Genfer Konvention,³ und anderer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wenn jedoch in diesem Antrag auf Handlungen und Unterlassungen Israels Bezug genommen wird, die auf andere Verletzungen des Völkerrechts hinauslaufen können, so sind diese Handlungen und Unterlassungen nach Ansicht Südafrikas völkermörderischer Natur, da sie mit der erforderlichen spezifischen Absicht (*dolus specialis*) begangen werden, die Palästinenser in Gaza als Teil der breiteren palästinensischen nationalen, rassistischen und ethnischen Gruppe zu vernichten.

3. Südafrika ist sich der besonderen Verantwortung bewusst, die mit der Einleitung eines Verfahrens gegen Israel wegen Verstößen gegen die Völkermordkonvention verbunden ist.

Südafrika ist sich jedoch auch seiner eigenen Verpflichtung – als Vertragsstaat der Völkermordkonvention – bewusst, Völkermord zu verhindern. Israels Handlungen und Unterlassungen in Bezug auf die Palästinenser verstoßen gegen die Völkermordkonvention.

Dies ist auch die Ansicht zahlreicher anderer Vertragsstaaten der Konvention, einschließlich des Staates Palästina selbst, der die "Führer der Welt" aufgefordert hat, "Verantwortung zu übernehmen ..., um den Völkermord an unserem Volk zu beenden".

Experten der Vereinten Nationen haben seit über 10 Wochen wiederholt "Alarm geschlagen", dass "angesichts der Erklärungen der politischen Führer Israels und ihrer Verbündeten, begleitet von Militäraktionen im Gazastreifen und einer Eskalation der Verhaftungen und Tötungen im Westjordanland" die "Gefahr eines Völkermords am palästinensischen Volk" besteht. [...]

Der vorliegende Antrag Südafrikas und sein Ersuchen um Erlass vorläufiger Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang und im Lichte dieser Aufforderungen zu prüfen.

Er erfolgt vor dem Hintergrund des außenpolitischen Ziels Südafrikas, einen dauerhaften Frieden zwischen Israel und dem Staat Palästina zu erreichen.

Diese zwei Staaten sollen innerhalb international anerkannter Grenzen nebeneinander bestehen, die auf den am 4. Juni 1967 vor Ausbruch des arabisch-israelischen Krieges von 1967 bestehenden Grenzen beruhen und im Einklang mit allen einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht stehen.

4. Die Tatsachen, auf die sich Südafrika in diesem Antrag beruft und die in diesem Verfahren weiter ausgeführt werden sollen, belegen, dass Israel

– vor dem Hintergrund von Apartheid, Vertreibung, ethnischer Säuberung, Annexion, Besatzung, Diskriminierung und der anhaltenden Verweigerung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung –

insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 versäumt hat,

- Völkermord zu verhindern und

- die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord zu verfolgen.

Noch schwerwiegender ist, dass Israel Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen verübt hat, verübt und weiterhin zu verüben droht.

Zu diesen Handlungen gehören

- die Tötung der Palästinenser
- die Verursachung schwerer psychischer und körperlicher Schäden
- die vorsätzliche Verhängung von Lebensbedingungen, die auf die physische Zerstörung der Gruppe abzielen.

Wiederholte Äußerungen von Vertretern des israelischen Staates, auch auf höchster Ebene, durch den israelischen Präsidenten, den Premierminister und den Verteidigungsminister, bringen die Absicht des Völkermords zum Ausdruck. Diese Absicht ist auch aus der Art und der Durchführung der israelischen Militäroperation im Gazastreifen abzuleiten.

Israel hat es versäumt, dem belagerten und blockierten palästinensischen Volk lebenswichtige Nahrungsmittel, Wasser, Medikamente, Treibstoff, Unterkünfte und andere humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen oder zu gewährleisten, was es an den Rand einer Hungersnot gebracht hat.

Dies geht auch aus der Art, dem Umfang und dem Ausmaß der israelischen Militärangriffe auf den Gazastreifen hervor, bei denen seit mehr als 11 Wochen eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt bombardiert wird, wodurch 1,9 Millionen Menschen oder 85 % der Bevölkerung des Gazastreifens aus ihren Häusern evakuiert und in immer kleinere Gebiete ohne angemessene Unterkünfte getrieben werden, in denen sie weiterhin angegriffen, getötet und geschädigt werden.

Israel hat bis Ende Dezember 2023

- mehr als 21.110 namentlich genannte Palästinenser getötet, darunter mehr als 7.729 Kinder

– mehr als 7.780 weitere werden vermisst und liegen vermutlich tot unter den Trümmern

– und hat mehr als 55.243 weitere Palästinenser verletzt und ihnen schwere körperliche und geistige Schäden zugefügt.

Darüber hinaus hat Israel weite Teile des Gazastreifens verwüstet, darunter ganze Stadtviertel, und mehr als 355.000 palästinensische Wohneinheiten beschädigt oder zerstört.

Dazu zählen weite Teile landwirtschaftlicher Nutzflächen, Bäckereien, Schulen, Universitäten, Unternehmen, Gotteshäuser, Friedhöfe, kulturelle und archäologische Stätten, städtische und gerichtliche Gebäude sowie wichtige Infrastrukturen wie Wasser- und Abwasseranlagen und Stromnetze, während es gleichzeitig einen unerbittlichen Angriff auf das palästinensische medizinische und Gesundheitssystem unternahm.

Israel hat den Gazastreifen in Schutt und Asche gelegt, seine Bevölkerung getötet, geschädigt und zerstört und Lebensbedingungen geschaffen, die auf die physische Zerstörung der Palästinenser als Gruppe abzielen, und tut dies auch weiterhin.

5. Südafrika [...] stellt den vorliegenden Antrag, um die Verantwortung Israels für Verstöße gegen die Völkermordkonvention festzustellen, das Land nach dem Völkerrecht für diese Verstöße in vollem Umfang zur Rechenschaft zu ziehen und – was am unmittelbarsten ist – diesen Gerichtshof anzurufen, um den dringenden und größtmöglichen Schutz für die Palästinenser in Gaza zu gewährleisten, die nach wie vor der ernststen und unmittelbaren Gefahr fortgesetzter und weiterer Akte des Völkermords ausgesetzt sind.

6. In Anbetracht der außerordentlichen Dringlichkeit der Situation ersucht Südafrika um eine beschleunigte Anhörung zu seinem Antrag auf Erlass vorläufiger Maßnahmen. Darüber hinaus ersucht Südafrika den Präsidenten des Gerichtshofs gemäß Artikel 74 Absatz 4 der Verfahrensordnung, die palästinensische Bevölkerung in Gaza zu schützen, indem er Israel auffordert,

alle militärischen Angriffe, die einen Verstoß gegen die Völkermordkonvention darstellen oder zu einem solchen führen, unverzüglich einzustellen, bis eine solche Anhörung stattgefunden hat, damit eine etwaige Anordnung des Gerichtshofs über den Antrag auf Erlass vorläufiger Maßnahmen ihre Wirkung entfalten kann.

7. [...] Der Antrag Südafrikas und sein Ersuchen um vorläufige Maßnahmen enthalten eine detailliertere Darstellung des Sachverhalts, als dies sonst üblich wäre. Diese Darstellung stützt sich in erheblichem Maße auf Erklärungen und Berichte von Leitern und Gremien der Vereinten Nationen und von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sowie auf Augenzeugenberichte aus dem Gazastreifen – auch von palästinensischen Journalisten vor Ort –, und zwar unter Umständen, unter denen Israel den Zugang internationaler Journalisten, Ermittler und Erkundungsteams zum Gazastreifen weiterhin beschränkt.[...]

II. ZUSTÄNDIGKEIT DES GERICHTSHOFS

8. Südafrika und Israel sind beide Mitglieder der Vereinten Nationen und daher an das Statut des Gerichtshofs gebunden [...]

9. Südafrika und Israel sind ebenfalls Vertragsparteien der Völkermordkonvention. [...]

10. Artikel IX der Völkermordkonvention sieht vor:
"Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung, Anwendung oder Erfüllung dieses Übereinkommens, einschließlich solcher über die Verantwortlichkeit eines Staates für Völkermord oder für eine der anderen in Artikel III aufgezählten Handlungen, werden auf Antrag einer der Streitparteien dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet."

11. Weder Südafrika noch Israel haben einen Vorbehalt zu Artikel IX angemeldet.

12. Südafrika hat wiederholt und nachdrücklich seine Besorgnis und Verurteilung in Bezug auf Israels Handlungen und Unterlassungen zum Ausdruck gebracht, die die Grundlage dieses Antrags bilden. Südafrika und andere Vertragsstaaten der Völkermordkonvention haben insbesondere deutlich gemacht, dass die Handlungen Israels in Gaza einen Völkermord am palästinensischen Volk darstellen. [...]

16. Da die Klage Südafrikas seine eigenen Verpflichtungen als Vertragsstaat der Völkermordkonvention betrifft, zur Verhinderung von Völkermord zu handeln – zu dem Israels Handlungen und Unterlassungen Anlass geben – ist Südafrika in Bezug auf diese Konvention eindeutig klagebefugt. [...]

17. Daher ist der Gerichtshof gemäß Artikel 36 (1) des Statuts des Gerichtshofs und Artikel IX der Völkermordkonvention für die in der vorliegenden Klage Südafrikas gegen Israel erhobenen Ansprüche zuständig.

III. DIE FAKTEN

A. Einführung

18. Seit dem 7. Oktober 2023 hat Israel den Gazastreifen ("Gaza"), einen schmalen Landstreifen von etwa 365 Quadratkilometern – einen der am dichtesten besiedelten Orte der Welt – zu Lande, zu Wasser und in der Luft in großem Umfang militärisch angegriffen.

Der Gazastreifen, in dem etwa 2,3 Millionen Menschen leben, davon fast die Hälfte Kinder, wurde von Israel "einer der schwersten konventionellen Bombenkampagnen" in der Geschichte der modernen Kriegsführung ausgesetzt.

Allein bis zum 29. Oktober 2023 wurden schätzungsweise 6.000 Bomben pro Woche auf die winzige Enklave abgeworfen.

In nur etwas mehr als zwei Monaten haben Israels militärische Angriffe "mehr Zerstörung angerichtet als die Zerstörung des syrischen Aleppo zwischen 2012 und 2016, des ukrainischen Mariupol oder im Verhältnis dazu die alliierten Bombenangriffe auf Deutschland im Zweiten Weltkrieg."

Die von Israel angerichtete Zerstörung ist so extrem, dass "Gaza jetzt aus dem Weltraum eine andere Farbe hat. Es ist eine andere Beschaffenheit".

So der Generalsekretär der Vereinten Nationen in einem Schreiben vom 6. Dezember 2023 an den Präsidenten des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen [...]:

"Die Zivilbevölkerung im gesamten Gazastreifen ist in großer Gefahr. [...] Mehr als 1,1 Millionen Menschen haben in UNRWA-Einrichtungen im gesamten Gazastreifen Zuflucht gesucht, was zu überfüllten, unwürdigen und unhygienischen Bedingungen geführt hat. Andere können nirgendwo unterkommen und finden sich auf der Straße wieder. Explosive Überreste des Krieges machen die Gebiete unbewohnbar. Es gibt keinen wirksamen Schutz für die Zivilbevölkerung. Das Gesundheitssystem in Gaza bricht zusammen.

In Gaza ist man nirgendwo sicher. Angesichts des ständigen Bombardements durch die israelischen Streitkräfte und der Tatsache, dass es weder Unterkünfte noch das Nötigste zum Überleben gibt, rechne ich damit, dass die öffentliche Ordnung aufgrund der verzweifelten Lage bald völlig zusammenbrechen wird. [...]

Die Lieferungen von Hilfsgütern über Rafah gehen zwar weiter, aber die Mengen sind unzureichend und haben seit dem Ende der Waffenpause abgenommen. [...]

Es besteht die große Gefahr, dass das humanitäre System zusammenbricht. Die Situation verschlimmert sich schnell zu einer Katastrophe mit möglicherweise irreversiblen Folgen für die Palästinenser insgesamt und für Frieden und Sicherheit in der Region. Ein solches Ergebnis muss um jeden Preis vermieden werden."

19. [...] 1,9 Millionen Palästinenser – etwa 85 Prozent der Gesamtbevölkerung – wurden innerhalb des Landes vertrieben. Viele sind auf israelischen Befehl aus dem Norden des Gebiets in den Süden geflohen, nur um im Süden erneut bombardiert zu werden und erneut in den Süden oder Südwesten fliehen zu müssen, wo sie in behelfsmäßigen Zelten in Lagern ohne Wasser, sanitäre Anlagen oder andere Einrichtungen leben müssen. Israel hat die Krankenhäuser des Gazastreifens bombardiert, beschossen und belagert, so dass nur 13 von 36 Krankenhäusern teilweise funktionsfähig sind und im Norden des Gazastreifens kein einziges voll funktionsfähiges Krankenhaus mehr existiert.

Das Gesundheitssystem im Gazastreifen ist praktisch zusammengebrochen, und es gibt Berichte über Operationen, darunter Amputationen und Kaiserschnitte, die ohne Betäubung durchgeführt werden.

Ein großer Teil der Verwundeten und Kranken hat keinen Zugang zu einer angemessenen Versorgung. Ansteckende und epidemische Krankheiten sind unter der vertriebenen palästinensischen Bevölkerung weit verbreitet [...].

Die gesamte Bevölkerung im Gazastreifen ist unmittelbar von einer Hungersnot bedroht. [...]

Experten warnen, dass der stille, langsame Tod durch Hunger und Durst die gewaltsamen Todesfälle durch israelische Bomben und Raketen noch zu übertreffen droht.

20. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat "große Besorgnis über die katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen und das Leiden der palästinensischen Zivilbevölkerung" geäußert, und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat insbesondere "die unverhältnismäßigen Auswirkungen auf Kinder" festgestellt. [...]

B. Hintergrund

1. Der Gaza-Streifen ("Gaza")

21. Der Gazastreifen ist [...] zusammen mit dem Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, eines der beiden konstituierenden Gebiete des 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiets und des Staates Palästina, der am 15. Februar 1995 von Südafrika anerkannt wurde und am 29. November 2012 den Status eines Nichtmitgliedstaats mit Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen erhielt.⁷¹

22. Die Bevölkerung des Gazastreifens besteht aus etwa 2,3 Millionen Menschen, von denen mehr als die Hälfte Kinder sind. 80 Prozent der Palästinenser in Gaza sind Flüchtlinge – und deren Nachkommen – aus Städten und Dörfern im heutigen Staat Israel, die während der Massenvertreibung von über 750.000 Palästinensern, der "Nakba", bei der Gründung des Staates Israel vertrieben wurden oder fliehen mussten.⁷³

Die Nakba und die damit verbundene Massenvertreibung spielen daher in der Geschichte und im Bewusstsein der

Palästinenser in Gaza eine wichtige Rolle, ebenso wie für das gesamte palästinensische Volk. [...]



Karte des Gazastreifens⁷⁵

[...]

24. Bis 2005 war der Gazastreifen - wie heute das Westjordanland - von den israelischen Streitkräften vor Ort besetzt.

Im Jahr 2005 zog sich Israel jedoch einseitig aus dem Gazastreifen zurück, baute seine Militärstützpunkte ab und siedelte israelische Siedler aus den Siedlungen im Gazastreifen zurück nach Israel und in das besetzte Westjordanland um. Ungeachtet des "Rückzugs" übt Israel weiterhin die Kontrolle über den Luftraum, die Hoheitsgewässer, die Landübergänge, das Wasser, die Elektrizität, die elektromagnetische Sphäre und die zivile Infrastruktur im Gazastreifen aus, sowie über wichtige Regierungsfunktionen, wie die Verwaltung des palästinensischen Bevölkerungsregisters für den Gazastreifen. In Anbetracht dieser anhaltenden effektiven Kontrolle Israels über das Gebiet wird der Gazastreifen von der internationalen Gemeinschaft immer noch als von Israel kriegerisch besetzt betrachtet.

Die nahezu vollständige Kontrolle Israels über den Zugang zum Gazastreifen und über die Versorgung mit Wasser, Treibstoff, Strom und Lebensmitteln hat sich seit dem 7. Oktober 2023 deutlich gezeigt.

25. Die Ein- und Ausreise auf dem Luft- und Seeweg in den Gazastreifen ist seit Anfang der 1990er Jahre verboten, und Israel betreibt nur zwei Grenzübergänge – Erez (Fußgänger) und Kerem Shalom (Güter) – über die Palästinenser im Gazastreifen ins Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, gelangen können, um dort Geschäfte zu tätigen, Handel zu treiben, sich medizinisch versorgen zu lassen oder soziale und familiäre Angelegenheiten zu erledigen.

Nach dem Wahlsieg der Hamas im Jahr 2006, auf den innerpalästinensische Gewalt folgte, verhängte Israel jedoch eine strenge Blockade des Gazastreifens und erklärte das gesamte Gebiet zu einem "feindlichen Gebiet".

Die bestehenden Beschränkungen der Freizügigkeit wurden erheblich verschärft, so dass die meisten Palästinenser im Gazastreifen keine Reisegenehmigung erhalten konnten, was für viele palästinensische Familien zu einer langen, unbefristeten Trennung führte. [...] Zwischen 2008 und 2021 starben nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation 839 Palästinenser aus dem Gazastreifen, während sie auf eine medizinische Genehmigung warteten, um den Gazastreifen für eine dringende medizinische Behandlung zu verlassen.[...]

Zwischen 2007 und 2010 regelte Israel die Einfuhr von Lebensmitteln in den Gazastreifen nach Maßgabe des Kalorienverbrauchs pro Person, um die Lebensmitteltransfers auf ein "humanitäres Minimum" zu beschränken, ohne Hunger oder Unterernährung zu verursachen. Danach wendete Israel auf die Einfuhren in den Gaza-streifen ein System der doppelten Verwendung an und schränkte die Einfuhr von Gütern stark ein, indem es Waren verbot, die für eine doppelte zivile/militärische Verwendung in Frage kommen.

26. Israels parallele Einrichtung einer breiten Pufferzone innerhalb des östlichen Grenzzauns zum Gazastreifen (die Schätzungen zufolge den Zugang zu etwa 24 Prozent des Gazastreifens einschränkt) hat schwerwiegende Auswirkungen auf die interne Nahrungsmittelversorgung, da die wichtigsten landwirtschaftlichen Anbauflächen reduziert werden.

Israel hat auch die Fischerei für die Palästinenser extrem gefährlich gemacht, da sie keinen uneingeschränkten Zugang zu der 20-Seemeilen-Fischereizone haben, die in den Osloer Verträgen – Interimsabkommen zwischen der PLO und Israel von Anfang der 90er Jahre – festgelegt wurde.

Die Seeblockade, die von den israelischen Streitkräften mit Gewalt, Verhaftungen und der Beschlagnahmung von Fischereigeräten durchgesetzt wurde, hat das Einzugsgebiet für die Fischer des Gazastreifens auf die verschmutzten Gewässer unmittelbar vor der Küste reduziert und zu einer Überfischung geführt, die die Nachhaltigkeit beeinträchtigt. [...]

Im Jahr 2022 beschrieb der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten die Situation wie folgt:

"[...] Die Weltbank berichtete im Jahr 2021, dass der Gazastreifen einen jahrzehntelangen Prozess der Rückentwicklung und Deindustrialisierung durchlaufen hat, der zu einer Arbeitslosenquote von 45 Prozent und einer Armutsquote von 60 Prozent geführt hat.

80 Prozent der Bevölkerung sind auf irgendeine Form der internationalen Hilfe angewiesen, was zum großen Teil auf die hermetische Abriegelung des Zugangs des Gazastreifens zur Außenwelt zurückzuführen ist.

Die Grundwasserleiter an der Küste, die einzige natürliche Trinkwasserquelle im Gazastreifen, ist durch die Verunreinigung mit Meer- und Abwasser verschmutzt und für den menschlichen Verbrauch ungeeignet, was die Wasserkosten für die ohnehin schon mittellose Bevölkerung erheblich in die Höhe treibt.

Der Gazastreifen ist in Bezug auf die Stromversorgung in hohem Maße von externen Quellen – Israel und Ägypten – abhängig, und die Palästinenser leben mit ständigen Stromausfällen von 12 bis 20 Stunden täglich, was das tägliche Leben und die Wirtschaft stark beeinträchtigt.

Die Ein- und Ausfuhr von Waren wird von Israel streng kontrolliert, wodurch die lokale Wirtschaft abgewürgt wurde.

Das Gesundheitssystem im Gazastreifen liegt am Boden, da es an medizinischem Fachpersonal mangelt, die Behandlungsgeräte unzureichend sind und die Versorgung mit Medikamenten schlecht ist.

Die Palästinenser in Gaza können nur selten außerhalb des Gazastreifens reisen, was eine Verweigerung ihres Grundrechts auf Freizügigkeit darstellt.

Vor allem aber haben sie in den letzten 13 Jahren vier höchst asymmetrische Kriege mit Israel erlebt, die enorme Verluste an zivilen Opfern und eine enorme Zerstörung von Eigentum zur Folge hatten.

Das Leid wurde von Antonio Guterres im Mai 2021 anerkannt, als er erklärte: "Wenn es eine Hölle auf Erden gibt, dann ist es das Leben der Kinder in Gaza".

27. Zwischen dem 29. September 2000 und dem 7. Oktober 2023 wurden etwa 7.569 Palästinenser, darunter 1.699 Kinder, in diesen "vier hochgradig asymmetrischen Kriegen" sowie bei anderen kleineren militärischen Angriffen getötet und Zehntausende von Menschen verletzt.

Weitere 214 Palästinenser, darunter 46 Kinder, wurden 2018 - 2019 während des "Großen Marsches der Rückkehr" getötet, einem groß angelegten friedlichen Protest entlang des Trennungsauns zwischen dem Gazastreifen und Israel, an dem Tausende von Palästinensern über 18 Monate lang jeden Freitag teilnahmen und die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens und die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Häuser und Dörfer in Israel forderten.

28. [...] Insgesamt wurden über 36.100 Palästinenser, darunter fast 8.800 Kinder, von Israel verletzt, darunter 4.903 Menschen, denen in die unteren Gliedmaßen geschossen wurde, "viele von ihnen, während sie Hunderte von Metern von den Scharfschützen entfernt standen und unbewaffnet waren". 156 von ihnen musste mindestens eine Gliedmaße amputiert werden, und über 1.200 benötigten eine spezielle Behandlung zur Wiederherstellung der Gliedmaßen. Die Kommission stellte fest, dass die Verstümmelungen nicht zufällig erfolgten: Die von Israel festgelegten Einsatzregeln erlaubten es den Scharfschützen, auf die Beine der "Hauptaufwiegler" zu schießen. Ein israelischer Soldat gab zu, dass er "42 Knie an einem Tag" getroffen habe. [...]

30. In anderen Berichten von Gremien und Mandaten der Vereinten Nationen wurde wiederholt festgestellt, dass Israel bei seinen früheren militärischen Angriffen auf den Gazastreifen in schwerwiegender Weise gegen das Völkerrecht verstoßen hat.

**Bericht der gemäß der Resolution S-5/1 der Kommission
vom 19. Oktober 2000 eingesetzten
Untersuchungskommission für Menschenrechte**

(16. März 2001):

"50. [...] Statistiken zeigen, dass in Gaza 94 Häuser abgerissen und 7.024 Dunum (1800 ha) landwirtschaftliche Nutzfläche mit Bulldozern zerstört wurden. [...] Die Häuser auf diesen Flächen wurden zerstört und die Familien gezwungen, in Zelten zu leben. Auch die Wasserbrunnen in der Umgebung wurden vollständig zerstört. Der Kommission fiel es schwer zu glauben, dass diese Zerstörungen, die im Allgemeinen mitten in der Nacht und ohne Vorwarnung durchgeführt wurden, mit militärischen Notwendigkeiten gerechtfertigt waren. [...]

Der Abriss von Häusern und die Zerstörung von Oliven- und Zitrusbäumen, die von Landwirten über viele Jahre hinweg gepflegt wurden, hat unsägliches menschliches Leid über Personen gebracht, die nichts mit der gegenwärtigen Gewalt zu tun haben. (...)

51. Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass die IDF *exzessive* Gewaltanwendung auf Kosten von Leben und Eigentum in Palästina betrieben hat". [...]

– **Bericht der gemäß der Resolution S-9/1 des Menschenrechtsrates vom 12. Januar 2009 eingerichteten Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zum Gaza-Konflikt (25. September 2009):**

629. In Anbetracht der eingesetzten Waffen und insbesondere des Einsatzes von weißem Phosphor in und um *ein Krankenhaus, von dem die israelischen Streitkräfte wussten, dass es nicht nur zahlreiche Verletzte und Verwundete versorgte, sondern auch mehreren hundert Zivilisten Unterschlupf gewährte*, stellt die Kommission auf der Grundlage aller ihr zur Verfügung stehenden Informationen fest, dass die israelischen Streitkräfte mit dem direkten Angriff auf das Krankenhaus und das Ambulanzdepot unter diesen Umständen gegen Artikel 18 der Vierten Genfer Konvention und gegen das Völkergewohnheitsrecht in Bezug auf die Verhältnismäßigkeit verstoßen haben. (...)

1027. Die Kommission (...) stellte fest, dass die systematische Zerstörung der Lebensmittel-, Produktions-, Wasser-versorgungs- und Bauindustrie im Zusammenhang mit der *allgemeinen Politik der unverhältnismäßigen Zerstörung eines bedeutenden Teils der Infrastruktur des Gazastreifens steht.*

[...]

1889. Das *wiederholte Versäumnis, zwischen Kombattanten und Zivilisten zu unterscheiden, scheint der Kommission das Ergebnis einer bewussten Anleitung der Soldaten gewesen zu sein, wie sie von einigen von ihnen beschrieben wurde, und nicht das Ergebnis gelegentlicher Fehltritte. (...)*

[...]

1929. Die Kommission stellt ferner fest, dass die israelischen Streitkräfte ohne militärische Notwendigkeit rechtswidrig und mutwillig eine Reihe von Objekten und Einrichtungen der Nahrungsmittelproduktion oder -verarbeitung (einschließlich Mühlen, Land und Gewächshäuser), Trinkwasseranlagen, Bauernhöfe und Tiere angegriffen und zerstört haben, was gegen den Grundsatz der Unterscheidung verstößt.[...]

Bericht über die detaillierten Ergebnisse der unabhängigen Untersuchungskommission, die gemäß der Resolution S-21/1 des Menschenrechtsrats vom 23. Juli 2014 eingesetzt wurde (24. Juni 2015):¹²¹

293. Die schiere Anzahl der abgefeuerten Granaten sowie der gemeldete Abwurf von über 100 Ein-Tonnen-Bomben in einem kurzen Zeitraum in einem dicht besiedelten Gebiet und der gemeldete Einsatz eines Artilleriesperrfeuers werfen Fragen hinsichtlich der Einhaltung der Regeln der Unterscheidung, der Vorsichtsmaßnahmen und der Verhältnismäßigkeit durch die IDF auf. *Diese von den IDF eingesetzten Methoden und Mittel konnten in einem so kleinen und dicht besiedelten Gebiet nicht auf ein bestimmtes militärisches Ziel gerichtet werden und konnten nicht angemessen zwischen Zivilisten und zivilen Objekten und militärischen Zielen unterscheiden, wie es das humanitäre Völkerrecht verlangt. [...]*

– **Bericht des Sonderberichterstatters über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten (22. Dezember 2020):**

Der Sonderberichterstatter stellte fest, dass "das Vorgehen Israels gegen die geschützte Bevölkerung des Gazastreifens einer kollektiven Bestrafung nach internationalem Recht gleichkommt.

Die zwei Millionen Palästinenser in Gaza sind nicht für die Taten der Hamas und anderer militanter Gruppen verantwortlich, dennoch haben sie einen erheblichen Teil der Bestrafung ertragen, und zwar absichtlich."

Bericht des Sonderberichterstatters über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten (28. August 2023):

In Bezug auf die Behandlung palästinensischer Gefangener durch Israel stellte der Sonderberichterstatter "Fälle von Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung fest, darunter sexuelle Übergriffe, das Tragen von Kapuzen und Augenbinden, stundenlanges Stehen, das Anbinden an einen Stuhl in schmerzhaften Positionen, Schlaf- und Nahrungsentzug oder stundenlange laute Musik sowie Einzelhaft". Insbesondere in Bezug auf palästinensische Kinder stellte der Sonderberichterstatter fest, dass sie während der Verhöre "schweren Misshandlungen ausgesetzt sind".

31. Im Jahr 2019 stellte der damalige Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs ("IStGH") fest, dass es "eine vernünftige Grundlage für die Annahme" gibt, dass die israelische Armee "Kriegsverbrechen ... im Zusammenhang mit den Feindseligkeiten in Gaza 2014" begangen hat. Kürzlich, im Oktober 2023, bestätigte der Ankläger, dass sein "Büro eine laufende Untersuchung mit Zuständigkeit für Palästina hat ... [a]nd dies schließt die Zuständigkeit für aktuelle Ereignisse in Gaza und auch für aktuelle Ereignisse im Westjordanland ein". Der Ankläger stellte fest, dass Israels "Blockieren von Hilfsgütern ... ein Verbrechen darstellen kann, das in die Zuständigkeit des Gerichtshofs fällt".

2. Das Westjordanland (einschließlich Ost-Jerusalem)

32. Das Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, der größere Teil des besetzten palästinensischen Gebiets, umfasst 5.655 km² und hat eine Bevölkerung von 2,9 Millionen Palästinensern. Es ist geografisch vom Gazastreifen getrennt und durch israelische Siedlungen zersplittert.

33. In den Osloer Verträgen von 1993 wurden die administrativen Zuständigkeiten für drei Gebiete des Westjordanlandes (Gebiete A, B und C - ohne Ostjerusalem) zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und Israel, der Besatzungsmacht, aufgeteilt.

Das Gebiet A, das 18 Prozent des Westjordanlandes umfasst, steht unter der vollständigen Verwaltungskontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde;

das Gebiet B, das 22 Prozent des Westjordanlandes umfasst, steht unter der Verwaltungskontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde und der Sicherheitskontrolle Israels; und

das Gebiet C, das 60 Prozent des Westjordanlandes umfasst, steht unter der vollständigen Verwaltungs- und Sicherheitskontrolle Israels.

Im Jahr 1967 annektierte Israel offiziell das besetzte Ost-Jerusalem an sein Territorium, und 1980 nahm es eine Bestimmung in sein grundlegendes Gesetz“ auf, in der es das "vereinte" Jerusalem als Hauptstadt Israels bezeichnete, ein Schritt, der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als "null und nichtig" gerügt wurde und "unverzüglich rückgängig gemacht werden" sollte.

Seit 1967 hat Israel 279 "Siedlungen" für israelische Zivilisten im gesamten Westjordanland errichtet - darunter 14 Siedlungen in Ostjerusalem - und sich dabei 1853 km² palästinensischen Landes angeeignet. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat wiederholt erklärt, dass die Errichtung solcher Siedlungen durch Israel "keine Rechtsgültigkeit hat und eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und ein großes Hindernis für die Verwirklichung der Zweistaatenlösung und eines gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedens darstellt".

Ungeachtet dessen ist die Zahl der in das Westjordanland (einschließlich Ostjerusalem) verlegten israelischen Siedler dramatisch angestiegen, und zwar von schätzungsweise 247.000 zur Zeit des Osloer Abkommens auf über 700.000 im Jahr 2023.

Der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs ("ICC") hat festgestellt, dass es "eine schlüssige Grundlage für die Annahme" gibt, dass "Mitglieder der israelischen Behörden Kriegsverbrechen begangen haben ... unter anderem im Zusammenhang mit dem Transfer israelischer Zivilisten in das Westjordanland.

34. Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten beschrieb 2017 die Situation im Westjordanland wie folgt:

"53. ...Dort sind die Palästinenser einem harten und willkürlichen Rechtssystem unterworfen, ungleich dem Recht, das für israelische Siedler gilt. Ein großer Teil des Westjordanlandes ist für Palästinenser tabu, und sie müssen regelmäßig erhebliche Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit durch Absperrungen, Straßensperren und die Notwendigkeit von schwer zu erlangenden Reisegenehmigungen hinnehmen.

Der Zugang zu den natürlichen Ressourcen der besetzten Gebiete, insbesondere zu Wasser, wird unverhältnismäßig stark an Israel und die Siedler vergeben.

Auch das von der Besatzungsmacht verwaltete Planungssystem für die Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten im gesamten Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, ist zutiefst diskriminierend und begünstigt den Siedlungsbau, während es den Palästinensern erhebliche Hindernisse auferlegt, einschließlich der fortlaufenden Beschlagnahme von Land, der Zerstörung von Häusern und der Verweigerung von Baugenehmigungen.

Israel wendet Praktiken an, die in einigen Fällen auf die gewaltsame Umsiedlung von Palästinensern, vor allem von Bewohnern ländlicher Gebiete, hinauslaufen können, um Land für Siedlungen, militärische Waffentrainingsgebiete und andere Zwecke zu konfiszieren, die ausschließlich der Besatzungsmacht vorbehalten sind und wenig oder gar nichts mit ihren legitimen Sicherheitsanforderungen zu tun haben.

54. Ostjerusalem wurde durch die Besatzung zunehmend von seinen traditionellen nationalen, wirtschaftlichen, kulturellen und familiären Verbindungen zum Westjordanland abgekoppelt, und zwar aufgrund der Mauer, des wachsenden Siedlungsrings und der damit verbundenen Kontrollpunkte sowie der diskriminierenden Genehmigungsregelung.

[...]

35. Das institutionalisierte Regime diskriminierender Gesetze, Politiken und Praktiken Israels unterwirft die Palästinenser einem Apartheidregime.

Die Palästinenser im Westjordanland sind hinter einer Trennungsmauer eingeschlossen und sind folgenden Maßnahmen ausgesetzt:

diskriminierende Flächennutzungs- und Planungspolitik;

strafbewehrte und administrative Hauszerstörungen;

gewaltsame Übergriffe der israelischen Armee auf

palästinensische Dörfer, Städte und Flüchtlingslager, auch im Gebiet A;

routinemäßige gewaltsame israelische Razzien in ihren Häusern;

willkürliche Verhaftungen und unbefristet verlängerbare Verwaltungshaft (Internierung ohne Gerichtsverfahren); und ein duales Rechtssystem, nach dem Palästinenser gemäß der israelischen Militärgesetzgebung vor israelischen Militärgerichten ohne den grundlegenden Schutz des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte verurteilt werden, während israelische Siedler, die in demselben Gebiet leben, einem anderen Rechtssystem unterliegen und vor israelischen Zivilgerichten in ordnungsgemäßen Verfahren Recht erfahren.³

36. [...] Zwischen dem 1. Januar und dem 6. Oktober 2023 wurden 199 Palästinenser von israelischen Soldaten oder Siedlern im Westjordanland getötet und 9.000 weitere verletzt.

Im September 2023 hatte Save the Children das Jahr 2023 bereits zum tödlichsten Jahr für palästinensische Kinder im Westjordanland seit 2005 erklärt, in dem mindestens 38 palästinensische Kinder getötet wurden.

Seit dem 7. Oktober 2023 wurden weitere 295 Palästinenser, darunter 77 Kinder, von israelischen Soldaten und Siedlern getötet und weitere 3.803, darunter 576 Kinder, verwundet - viele davon schwer.[...]

37. In einer Welle willkürlicher Massenverhaftungen hat Israel mehr als 3.000 Palästinenser aus dem Westjordanland und Ostjerusalem festgenommen, unter anderem wegen Posts in den sozialen Medien, die sich auf die Lage in Gaza beziehen. Israel hat die Zahl der Palästinenser, die ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Verwaltungshaft gehalten werden, deutlich auf 2070 erhöht.

Tausende von Palästinensern aus dem Gazastreifen, die in Israel arbeiteten, wurden ebenfalls willkürlich festgenommen und inhaftiert, wobei 3.200 am 3. November 2023 unter heftigen Bombardements zwangsweise nach Gaza zurückgebracht wurden. [...]

Viele palästinensische erwachsene Häftlinge und Kinder aus dem Westjordanland, die im Austausch gegen israelische Geiseln freigelassen wurden, berichten ebenfalls von schweren Misshandlungen, schweren Schlägen und anderen Verletzungen der persönlichen Würde, insbesondere seit dem 7. Oktober 2023, sowie von Einschränkungen des Zugangs zu Nahrung, Wasser, medizinischer Behandlung und Strom in israelischem Gewahrsam.

Sechs palästinensische Gefangene aus dem Westjordanland sind insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 in israelischem Gewahrsam gestorben.

38. Seit dem 7. Oktober 2023 haben die israelischen Streitkräfte Luftangriffe und militärische Angriffe auf Flüchtlingslager im Westjordanland durchgeführt, bei denen zahlreiche Palästinenser getötet, Straßen mit Bulldozern geräumt und die Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt wurden. Im Westjordanland gab es 236 Angriffe auf das "Gesundheitswesen" - einschließlich Krankenhäuser -, bei denen israelische Streitkräfte medizinisches Personal und Krankenwagen festhielten und den Zugang von Krankenwagen zu den Verwundeten verhinderten.

Auch die bewaffneten Angriffe israelischer Siedler auf Palästinenser - von israelischen Politikern offen unterstützt - sind dramatisch eskaliert. Die Siedler - oft in Begleitung israelischer Soldaten - haben mindestens acht Palästinenser getötet und mindestens 85 weitere verletzt, die Palästinenser, insbesondere die Bauern, in Angst und Schrecken versetzt und Eigentum beschädigt.

2.186 Palästinenser im Westjordanland, darunter 1.058 Kinder, wurden seit dem 7. Oktober 2023 infolge extremer israelischer Siedlergewalt, straf- oder verwaltungsbedingter Hauszerstörungen durch die israelische Armee und der Beschädigung von Häusern bei israelischen Militärrazzien und -operationen innerhalb des Gebietes vertrieben.

Der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs teilte im Dezember 2023 mit, dass er „die Ermittlungen“ zu israelischen Siedlerangriffen im Westjordanland "beschleunigt" habe.

39. Israels Handlungen im Westjordanland seit dem 7. Oktober 2023 [...] sind untrennbar mit Israels Handlungen in Gaza verbunden und stellen einen zumindest wichtigen Kontext für Israels Verstöße gegen die Völkermordkonvention dar.

3. Die Anschläge in Israel vom 7. Oktober 2023

40. Israels Militärangriff im Gazastreifen und seine verstärkte Militärkampagne im Westjordanland wurden als Reaktion auf einen Angriff in Israel am 7. Oktober 2023 (genannt "Operation Al Aqsa-Flut") durch zwei bewaffnete palästinensische Gruppen - den militärischen Flügel der Hamas (die "Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden") und den Palästinensischen Islamischen Dschihad - eingeleitet. Die Gruppen feuerten ein umfangreiches Raketenfeuer auf Israel ab, durchbrachen den israelischen Grenzzaun zum Gazastreifen und griffen israelische Militärstützpunkte und zivile Städte sowie ein von Tausenden von Jugendlichen besuchtes Musikfestival an, was vom Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs untersucht wird. Südafrika verurteilt unmissverständlich die Angriffe auf israelische und ausländische Zivilisten durch die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen sowie die Geiselnahme vom 7. Oktober 2023, wie in seiner Verbalnote an Israel vom 21. Dezember 2023 ausdrücklich festgehalten.

41. Seit dem 7. Oktober 2023 wurden nach Angaben der israelischen Behörden über 1.200 Israelis und Ausländer in Israel getötet, darunter 36 Kinder, die meisten davon am 7. Oktober 2023 selbst. Ungefähr 240 Zivilisten – darunter ältere Menschen, Frauen und Kinder – und israelische Soldaten wurden als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt.

Nur 110 von ihnen wurden bisher im Austausch gegen 240 Palästinenser - darunter ältere Menschen, Frauen und Kinder - freigelassen, die von Israel inhaftiert oder "verwaltungsmäßig festgehalten" wurden.

57 Geiseln sollen bei israelischen Bombardierungen des Gazastreifens getötet worden sein; weitere drei Geiseln wurden nachweislich von israelischen Soldaten in Gaza erschossen.

Aus dem Gazastreifen werden weiterhin Raketen auf israelisches Gebiet abgefeuert, was dazu führt, dass Zehntausende Israelis evakuiert werden müssen, insbesondere aus den Gemeinden, die an den Sicherheitszäunen zum Gazastreifen und zum Libanon liegen.

Der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) hat gewarnt, dass Geiselnahmen "einen schweren Verstoß gegen die Genfer Konventionen" darstellen und dass die Entführung und das Festhalten von Kindern einen "ungeheuerlichen Verstoß gegen die grundlegenden Prinzipien der Menschlichkeit" darstellt.

Die Resolutionen ES-10/21 und ES-10/22 (2023) der Generalversammlung der Vereinten Nationen verurteilen Gewaltakte gegen israelische Zivilisten und fordern die Freilassung aller Zivilisten, die rechtswidrig gefangen gehalten werden.

Auch die Resolution 2712 (2023) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen fordert "die sofortige und bedingungslose Freilassung aller von der Hamas und anderen Gruppen festgehaltenen Geiseln".

C. Völkermorde am palästinensischen Volk

43. Dieser Abschnitt gibt einen Überblick über die Handlungen Israels, die unter Berücksichtigung ihrer Art, ihres Umfangs und ihres Kontextes den Charakter eines Völkermords haben.

Diese Handlungen sind fortlaufend und finden in einem Konfliktkontext statt, in dem Israel den Gazastreifen absichtlich mit einer Telekommunikationssperre belegt und den Zugang von Untersuchungskommissionen und internationalen Medien einschränkt.

Gleichzeitig werden palästinensische Journalisten in einem Ausmaß getötet, wie es in keinem anderen Konflikt der letzten 100 Jahre der Fall war. In den zwei Monaten seit dem 7. Oktober 2023 überstieg die Zahl der getöteten Journalisten bereits die des gesamten Zweiten Weltkriegs.

Weitere Einzelheiten zu diesen Taten werden im Laufe des Verfahrens bekannt gegeben.

Die verfügbaren Informationen belegen jedoch, dass Israel:
(1) Palästinenser in Gaza - einschließlich palästinensischer Kinder - in großer Zahl tötet;

(2) den Palästinensern in Gaza, einschließlich palästinensischer Kinder, schwere körperliche und seelische Schäden zufügt und ihnen Lebensbedingungen auferlegt, die ihre Zerstörung als Gruppe bewirken sollen.

Zu diesen Bedingungen gehören:

(3) die Vertreibung und Massenumsiedlung sowie großflächige Zerstörung von Häusern und Wohngebieten;

(4) die Verweigerung des Zugangs zu angemessener Nahrung und Wasser;

(4) die Verweigerung des Zugangs zu angemessener medizinischer Versorgung;

(5) die Verweigerung des Zugangs zu angemessener Unterkunft, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen;

(6) die Zerstörung des Lebens der palästinensischen Bevölkerung in Gaza; und

(7) die Verhängung von Maßnahmen zur Verhinderung palästinensischer Geburten.

44. Die Chefs der Vereinten Nationen und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) - denen

Konfliktsituationen nicht fremd sind - haben das, was sich in Gaza abspielt, eine "Krise der Menschlichkeit" genannt.¹⁷⁶

[...] Sie beschreiben, dass die Palästinenser im Gazastreifen "in völligem, sich vertiefendem Schrecken leben", da sie "weiterhin unerbittlich von Israel bombardiert werden ... und in großem Ausmaß unter Tod, Belagerung, Zerstörung und dem Entzug der grundlegendsten menschlichen Bedürfnisse wie Nahrung, Wasser, lebensrettender medizinischer Versorgung und anderer lebenswichtiger Dinge leiden"; es ist "apokalyptisch" (Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte).

"[...] Gaza ist "der gefährlichste Ort der Welt, um ein Kind zu sein" (Exekutivdirektor des Internationalen Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF)).

"Es ist eine "lebende Hölle", es ist "ein Krieg der Superlative, alles ist beispiellos" und "uns fehlen die Worte, um zu beschreiben, was vor sich geht" (UNRWA-Generalkommissar).

1. Tötung von Palästinensern in Gaza

45. Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums wurden seit Beginn der israelischen Militärangriffe auf den Gazastreifen mehr als 21.110 Palästinenser getötet, von denen mindestens 70 Prozent Frauen und Kinder sein sollen.

Weitere schätzungsweise 7.780 Menschen, darunter mindestens 4.700 Frauen und Kinder, werden als vermisst gemeldet, vermutlich tot unter den Trümmern zerstörter Gebäude - sie sterben einen langsamen Tod - oder verwesen auf den Straßen, wo sie getötet wurden.

Israels Blockade angemessener Treibstoffimporte, seine Zerstörung der Infrastruktur und die von ihm verhängten Stromausfälle behindern die Rettungsversuche erheblich. Das Ausmaß der israelischen Tötungen ist so groß, dass die Leichen in Massengräbern verscharrt werden, die oft nicht identifiziert werden können.

46. "Der Generalsekretär der Vereinten Nationen - und viele andere Experten der Vereinten Nationen - haben der internationalen Gemeinschaft deutlich gemacht, dass es in Gaza nirgendwo sicher ist.

Palästinenser in Gaza wurden in ihren Häusern, an Orten, an denen sie Schutz suchten, in Krankenhäusern, in UNWRA-Schulen, in Kirchen, in Moscheen und bei dem Versuch, Nahrung und Wasser für ihre Familien zu finden, getötet. [...]Es wurde berichtet, dass in Gaza-Stadt mindestens 11 männliche Mitglieder der Familie Annan und ihre Angehörigen - Jungen und Männer - von israelischen Soldaten getrennt und vor den Augen ihrer Familie erschossen wurden, bevor die Frauen und Kinder angegriffen wurden. Es gibt auch Berichte über unbewaffnete Menschen - einschließlich israelischer Geiseln - die sofort erschossen wurden, obwohl sie keine Gefahr darstellten, auch wenn sie weiße Fahnen schwenkten.

Angriffe auf palästinensische Häuser und Wohnblocks machen einen Großteil der Toten aus, wobei Israel Berichten zufolge künstliche Intelligenz (KI) einsetzt, um bis zu 100 Bombenziele pro Tag zu generieren.

47. Israel wirft "stumme" (d.h. ungelenkte) Bomben auf den Gazastreifen ab, sowie schwere Bomben mit einem Gewicht von bis zu 900 kg , die einen prognostizierten tödlichen Radius von bis zu 360 m" haben und "voraussichtlich schwere Verletzungen und Schäden bis zu 800 m vom Einschlagspunkt entfernt verursachen".

Diese Waffen werden in einem der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt eingesetzt, in dem inzwischen etwa einer von 100 Menschen getötet wurde.[...] Das Ausmaß der Sterblichkeit in palästinensischen Familien ist so hoch, dass Mediziner in Gaza ein neues Akronym prägen mussten: "WCNSF", was so viel bedeutet wie "verwundetes Kind, keine überlebende Familie".

a)

48. [...] Die beispiellose Zahl der palästinensischen Kinderopfer hat den UNICEF-Sprecher dazu veranlasst, die israelischen Angriffe auf den Gazastreifen als "Krieg gegen Kinder" zu bezeichnen. Er erklärte:

"Die meisten Krisen treffen Kinder besonders hart, weil sie am meisten gefährdet sind, aber in den meisten Fällen liegt die Zahl der Kinder bei etwa 20 Prozent.

Dies sind 40. Das ist doppelt so tödlich für Kinder wie bei vielen Konflikten in den letzten 15 oder 20 Jahren, und unglücklicherweise liegt das an der schieren Bevölkerungsdichte, der wahllosen Art, und wenn wir sehen, dass es nicht einmal Lippenbekenntnisse zu sicheren Zonen mit Wasser und sanitären Einrichtungen für Kinder und junge Mädchen gibt.

Die gleiche Missachtung der Kinder zeigt sich bei den Bombardierungen.

Deshalb sind 40 Prozent der Todesopfer Kinder.

Deshalb ist es ein Krieg gegen Kinder."

49. Auch Ärzte, Journalisten, Lehrer, Akademiker und andere Berufsgruppen werden in einem noch nie dagewesenen Ausmaß getötet.

Bis heute hat Israel über 311 Ärzte, Krankenschwestern und anderes Gesundheitspersonal getötet, darunter auch Ärzte und Krankenwagenfahrer, die im Dienst getötet wurden;

103 Journalisten, das ist[...] mehr als 73 Prozent der Gesamtzahl der im Jahr 2023 weltweit getöteten Journalisten und Medienmitarbeiter;

40 Mitarbeiter des Zivilschutzes, die bei der Bergung von Opfern aus den Trümmern helfen, wurden im Dienst getötet; und über 209 Lehrer und Bildungspersonal.

Auch 144 Mitarbeiter der Vereinten Nationen wurden getötet, die "höchste Zahl an getöteten Helfern in der Geschichte der UN in so kurzer Zeit".

50. Die Palästinenser im Gazastreifen werden nicht nur durch israelische Waffen getötet, sondern sind auch unmittelbar vom Tod durch Verhungern, Austrocknen und Krankheiten bedroht. Dies ist auf die anhaltende Belagerung durch Israel, die unzureichende Hilfe, die die palästinensische Bevölkerung erreichen kann, und die extremen Schwierigkeiten bei der Verteilung der begrenzten Hilfsgüter, die in das Gebiet gelangen dürfen, zurückzuführen, da die Infrastruktur des Gazastreifens durch die israelischen Militärangriffe dezimiert wurde.

2. Schwere körperliche und seelische Schäden für Palästinenser in Gaza verursachen

51. Seit dem 7. Oktober 2023 wurden bei den israelischen Militärangriffen auf den Gazastreifen mehr als 55.243 Palästinenser verwundet, die meisten von ihnen Frauen und Kinder. Verbrennungen und Amputationen sind typische Verletzungen. Schätzungsweise 1.000 Kinder haben ein oder beide Beine verloren.

Es gibt Berichte über den Einsatz von weißem Phosphor durch israelische Streitkräfte in dicht besiedelten Gebieten im Gazastreifen: Wie die Weltgesundheitsorganisation beschreibt, können selbst geringe Mengen weißen Phosphors tiefe und schwere Verbrennungen verursachen, die sogar Knochen durchdringen und sich nach der ersten Behandlung wieder entzünden können.

Vor allem im Norden des Gazastreifens gibt es keine funktionierenden Krankenhäuser: die Verletzten [...] sind daher nicht in der Lage, eine Operation oder eine über die erste Hilfe hinausgehende medizinische Behandlung in Anspruch zu nehmen, so dass sie einen langsamen, qualvollen Tod an ihren Verletzungen oder an den daraus resultierenden Infektionen sterben.

52. Das extreme Ausmaß der Bombardierung und das Fehlen von Schutzzonen führen auch zu schweren psychischen Traumata bei der palästinensischen Bevölkerung in Gaza. Schon vor dem jüngsten Angriff litten die Palästinenser in Gaza unter schweren Traumata durch frühere Angriffe.

[...] Eine Notfallkoordinatorin von Ärzte ohne Grenzen, die nach ihrer Rückkehr von einem fünfwöchigen Aufenthalt in Gaza interviewt wurde, beschrieb dies:

"In Wirklichkeit ist es noch schlimmer, als es aussieht.

Es ist - das Ausmaß des Leidens ist einfach etwas...

Unvergleichliches. Es ist wirklich unerträglich.

Ich bin sprachlos, wenn ich versuche, an die Zukunft dieser Kinder zu denken.

Es sind Generationen von Kindern, die behindert sein werden, die traumatisiert sein werden. Gerade die Kinder in unserem Programm für psychische Gesundheit sagen uns, dass sie lieber sterben würden, als weiter in Gaza zu leben. "

54. Parallel zu seiner militärischen Kampagne hat Israel seine palästinensischen Mitglieder in Gaza entmenschlicht und grausam, unmenschlich und erniedrigend behandelt.

Berichten zufolge wurden zahlreiche palästinensische Zivilisten, darunter auch Kinder, festgenommen, mit verbundenen Augen, gezwungen, sich auszuziehen und in der Kälte draußen zu bleiben, bevor sie auf Lastwagen gezwungen und an unbekannte Orte gebracht wurden.[...]

Viele palästinensische Gefangene, die freigelassen wurden, berichten, dass sie gefoltert und misshandelt wurden, u. a. durch den Entzug von Nahrung, Wasser, Unterkunft und Zugang zu Toiletten.

Das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) berichtet von *"Videoaufnahmen, die blaue Flecken und Verbrennungen auf den Körpern"* der Gefangenen zeigen.[...]

3. Massenhafte Vertreibung von Palästinensern aus ihren Wohnungen und Vertreibung von Palästinensern in Gaza

55. Schätzungen zufolge wurden mehr als 1,9 Millionen der 2,3 Millionen Palästinenser des Gazastreifens - etwa 85 % der Bevölkerung - aus ihren Häusern vertrieben.[...]

56. Israel erlässt wiederholt "Evakuierungsbefehle", in denen palästinensische Zivilisten in bestimmten Gebieten des Gazastreifens aufgefordert werden, ihre Häuser zu verlassen und in andere Gebiete zu ziehen.

Der erste dieser Befehle vom 13. Oktober 2023 verlangte, dass die 1,1 Millionen Palästinenser, die im Norden des Gazastreifens, einschließlich Gaza-Stadt, leben oder sich anderweitig dort aufhalten, innerhalb eines Zeitfensters von 24 Stunden in den Süden des Gazastreifens umziehen.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz warnte, dass die Evakuierungsanordnung, die etwa 36 Prozent des Gazastreifens betrifft, in Verbindung mit der vollständigen Belagerung des Gazastreifens nicht mit dem humanitären Völkerrecht vereinbar sei.

Die Weltgesundheitsorganisation warnte, dass dies für Krankenhauspatienten "einem Todesurteil gleichkommen könnte".

Die Evakuierung wurde jedoch aufrechterhalten und mehrfach wiederholt, unter anderem am 28. Oktober 2023, vor der Ankündigung israelischer Bodenoperationen im nördlichen Gazastreifen, und auch danach.

[...]Viele derjenigen, die nicht bereit oder in der Lage sind zu evakuieren, werden dann in ihren Häusern bombardiert.

57. [...] Es gab zahlreiche Berichte über Beschuss und andere Gewalttaten der israelischen Streitkräfte gegen evakuierende palästinensische Zivilisten, darunter unmenschliche und erniedrigende Behandlung, willkürliche Verhaftungen, rechtswidrige Inhaftierungen und Tötungen.

Israel hat in dieser Zeit auch die Bombardierung südlich des Wadi Gaza fortgesetzt und dabei viele Palästinenser getötet, die evakuiert worden waren.[...]

58. Israel veröffentlichte eine detaillierte Karte im Internet, auf der der Gazastreifen in Hunderte von kleinen Gebieten unterteilt ist.

Angeblich sollte die Karte über israelische Anordnungen zur Evakuierung einzelner Gebiete vor geplanten Luftangriffen informieren. Wie OCHA jedoch feststellte, geht aus der Veröffentlichung nicht hervor, wohin die Menschen evakuiert werden sollten.

Darüber hinaus haben die meisten Palästinenser im Gazastreifen nach monatelangem Bombardement - inmitten des von Israel seit dem 11. Oktober 2023 verhängten Stromausfalls und regelmäßiger Stromausfälle in der Telekommunikation - kaum Zugang zu Strom, um Telefone oder andere Geräte aufzuladen, und keine zuverlässige Möglichkeit, auf die Karte zuzugreifen.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen bemerkte, dass "die Menschen im Gazastreifen wie menschliche Flipperkugeln zwischen immer kleineren Teilen des Südens hin- und hergeschleudert werden, ohne dass sie etwas zum Überleben haben".²⁵²

59. [...] Die erhöhte Bevölkerungsdichte infolge der Evakuierungs-"Befehle" macht die israelischen Angriffe immer tödlicher.

An Heiligabend selbst bombardierte die israelische Armee das Flüchtlingslager Al Maghazi in der Middle Area - ein Gebiet, in das Zehntausende von Palästinensern aus dem Norden geflohen waren - und tötete dabei schätzungsweise 86 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, und verletzte viele andere.

60. Für viele Palästinenser ist die erzwungene Evakuierung aus ihren Wohnungen zwangsläufig von Dauer. Israel hat inzwischen schätzungsweise 355.000 palästinensische Häuser beschädigt oder zerstört - das entspricht 60 Prozent des gesamten Wohnungsbestands in Gaza.

[...] Wie der Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen feststellte, "wurden die Wohnhäuser und die zivile Infrastruktur des Gazastreifens dem Erdboden gleichgemacht, was jede realistische Aussicht auf eine Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat zunichte macht und die lange Geschichte der massenhaften Zwangsvertreibung von Palästinensern durch Israel wiederholt".

Die Zwangsvertreibungen in Gaza sind insofern völkermörderisch, als sie unter Umständen stattfinden, die auf die physische Zerstörung der Palästinenser in Gaza ausgerichtet sind.

4. Verweigerung des Zugangs zu angemessenen Nahrungsmitteln und Wasser für Palästinenser in Gaza

61. Am 9. Oktober 2023 verhängte Israel eine "vollständige Belagerung" des Gazastreifens, so dass kein Strom, keine Nahrungsmittel, kein Wasser und kein Treibstoff in den Streifen gelangen dürfen. Obwohl die Belagerung seither teilweise gelockert wurde und seit dem 21. Oktober 2023 einige Hilfsgütertransporte in den Gazastreifen zugelassen wurden, ist dies nach wie vor völlig unzureichend [...]

Darüber hinaus liegen die seit dem 21. November 2023 zugelassenen Treibstoffimporte "weit unter dem Mindestbedarf für wesentliche humanitäre Maßnahmen", was bedeutet, dass die begrenzte humanitäre Hilfe, die zugelassen wird, nicht ohne weiteres von den Einreisepunkten in den Gazastreifen transportiert werden kann. Wie der Generalsekretär eindringlich feststellte, ist das Ausmaß der Zerstörung in Gaza inzwischen so katastrophal, dass:

"Die Bedingungen für die effektive Bereitstellung humanitärer Hilfe sind nicht mehr gegeben.

Aber selbst wenn genügend Hilfsgüter in den Gazastreifen gelangen könnten, machen es die intensiven Bombardierungen und Feindseligkeiten, die israelischen Bewegungseinschränkungen, der Treibstoffmangel und die unterbrochenen Kommunikationswege den UN-Organisationen und ihren Partnern unmöglich, die meisten Menschen in Not zu erreichen."

62. Vor diesem Hintergrund wird die Resolution 2720 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 22. Dezember 2023 weithin als wirkungslos angesehen, obwohl sie die Konfliktparteien auffordert, "die Nutzung aller verfügbaren Routen in den und durch den gesamten Gazastreifen, einschließlich der Grenzübergänge, zuzulassen und zu erleichtern" [...]

Das liegt daran, dass die verwässerte Resolution die "vier Elemente", die der Generalsekretär der Vereinten Nationen als notwendig für die Ermöglichung einer *wirksamen* Hilfe zur Unterstützung der Palästinenser im Gazastreifen identifiziert hat, nicht richtig anspricht:

- (1) Sicherheit ([...] Die intensive israelische Bombardierung und die aktiven Kämpfe in den dicht besiedelten städtischen Gebieten des Gazastreifens bedrohen das Leben der Zivilbevölkerung und der Mitarbeiter der humanitären Hilfe gleichermaßen");
- (2) Personal ("Die humanitäre Aktion erfordert Mitarbeiter, die in Sicherheit leben und arbeiten können. 136 unserer Kollegen in Gaza sind in 75 Tagen getötet worden [...]);
- (3) Logistik ("Viele unserer Fahrzeuge und Lastwagen wurden nach unserer erzwungenen, überstürzten Evakuierung aus dem Norden zerstört oder zurückgelassen, aber die israelischen Behörden haben keine weiteren Lastwagen für den Gazastreifen zugelassen. Dadurch wird die Hilfsaktion massiv behindert. Die Lieferung im Norden ist aufgrund der aktiven Konflikte, der nicht explodierten Munition und der stark beschädigten Straßen extrem gefährlich. Überall gibt es häufige Stromausfälle, die es praktisch unmöglich machen, die Verteilung der Hilfsgüter zu koordinieren und den Menschen mitzuteilen, wie sie an die Hilfsgüter gelangen können");
- (4) und die Wiederaufnahme der kommerziellen Aktivitäten

("Die Regale sind leer, die Geldbörsen sind leer, die Mägen sind leer.

Im gesamten Gazastreifen gibt es nur noch eine einzige Bäckerei.[...]).

In Anbetracht dieser Faktoren wies der Generalsekretär deutlich darauf hin, dass es irreführend sei, sich auf die Zahl der täglich nach Gaza zugelassenen Lastwagen zu konzentrieren: „ [...] Das eigentliche Problem ist, dass *die Art und Weise, wie Israel diese Offensive durchführt, massive Hindernisse für die Verteilung der humanitären Hilfe innerhalb des Gazastreifens schafft.*"

63. Aus diesem Grund wurde die Resolution 2720 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen - die die Situation vor Ort nicht angemessen berücksichtigt, u.a. weil sie nicht zu einem Waffenstillstand aufruft - von einem ehemaligen hochrangigen UNRWA-Beamten als "grünes Licht für die Fortsetzung des Völkermordes" bezeichnet, der durch "die weitgehende und industrielle Missachtung des humanitären Völkerrechts" gekennzeichnet ist.

Oxfam bezeichnete das Versäumnis, in der Resolution zu einem Waffenstillstand aufzurufen, als "unverständlich und schlichtweg kaltschnäuzig" sowie als "schwerwiegende Pflichtverletzung" des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, in Anbetracht des extremen Ernstes der Lage in Gaza.

64. [...] Die Weltgesundheitsorganisation warnt, dass "der Gazastreifen von Hunger heimgesucht wird".

Wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen feststellte, befinden sich vier von fünf der hungrigsten Menschen der Welt im Gazastreifen". [...]

Der Generalkommissar des UNRWA beschreibt "verzweifelte, hungrige und verängstigte" Menschen, die nun "Hilfslieferungen stoppen, die Lebensmittel an sich nehmen und sie sofort essen".[...] Sie warnen davor, dass "Hunger, Elend und Tod offensichtlich sind", und bezeichnen Israels Vorgehen, den Gazastreifen "von Wasser, Nahrung und allem, was zu jeder Art von Leben notwendig ist" abzuschneiden, als "grausame Kampagne", die sich "*gegen die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens*" richtet.

Der Koordinator der medizinischen Notfallteams erklärte, dass "jede einzelne Person", mit der er spricht, Hunger leidet:

"Überall, wo wir hinkommen, bitten uns die Menschen um Essen, sogar im Krankenhaus, ich bin in der Notaufnahme herumgelaufen. Da begegneten mir einer mit einer offenen blutenden Wunde, ein anderer mit einer offenen Fraktur; sie baten um Essen. Wenn das kein Indikator für die Verzweiflung ist, weiß ich nicht, was es ist".

[...] Oxfam und Human Rights Watch [...] haben Israel ausdrücklich beschuldigt, den Hunger "als Kriegswaffe" gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza einzusetzen.

65. Die durch die Belagerung geschaffenen Bedingungen werden durch die anhaltenden Angriffe Israels auf den Gazastreifen, einschließlich der Bäckereien, der Wasserversorgung und der letzten noch funktionierenden Mühle, sowie durch die Zerstörung von landwirtschaftlichen Flächen, Ernten, Obstgärten und Gewächshäusern noch verschärft.[...] Die Lebensmittelknappheit hat zu erheblichen

Preissteigerungen geführt, und der Preis für Mehl ist zeitweise um 65 Prozent gestiegen. Vieh, das nicht getötet wurde, droht zu verhungern, und die Ernten sind beschädigt oder zerstört. Viele Palästinenser gehen aus Hunger auf Nahrungssuche, sammeln verschüttetes Mehl von Hilfslieferungen von der Straße auf oder greifen auf andere unsichere Ernährungsarten.

66. Auch die Wasservorräte sind erschöpft. Israel kappt weiterhin die Wasserleitungen für den Norden des Gazastreifens, und die Wasserentsalzungsanlage im Norden funktioniert nicht.

Seit dem 15. Oktober 2023 leitet Israel eine geringe Menge Wasser in den Süden, zum Teil um die Zivilbevölkerung in den südlichen Teil des Gazastreifens zu drängen".

Aufgrund der Schäden durch israelische Luftangriffe und Granatenbeschuss ist auch der größte Teil des Wassersystems nicht mehr funktionstüchtig.

Nach Angaben des Welternährungsprogramms stehen pro Person und Tag nur 1,5 bis 1,8 Liter sauberes Wasser für alle Verwendungszwecke zur Verfügung (Trinken, Waschen, Nahrungszubereitung, sanitäre Einrichtungen und Hygiene).

Dies liegt weit unter der "Notfallschwelle" von 15 Litern pro Tag für "kriegs- oder hungerähnliche Bedingungen" oder der "Überlebensschwelle" von 3 Litern pro Tag.

Der Koordinator der medizinischen Nothilfeteams der Weltgesundheitsorganisation beschrieb die Situation im Al Ahli Arab Hospital,[...] sagte, dass "die Patienten vor Schmerzen schreien, aber auch darum flehten, dass wir ihnen Wasser geben".

67. Der Wassermangel wirkt sich vor allem auf stillende Frauen aus, die selbst bei mäßiger körperlicher Betätigung täglich 7,5 Liter Wasser zum Trinken, für sanitäre Anlagen und für die Hygiene benötigen, um sich und ihre Babys gesund zu erhalten.

Junge Mütter, die aufgrund der Nahrungsmittelknappheit nicht stillen können, sind gezwungen, verunreinigtes Wasser für die Zubereitung von Säuglingsnahrung zu verwenden - sofern es verfügbar ist - und riskieren damit Krankheiten bei ihren gefährdeten Babys.

Gleichzeitig gefährdet der chronische Mangel an Säuglingsnahrung auch das Leben der Neugeborenen, die Berichten zufolge bereits an vermeidbaren Ursachen sterben, weil es keine medizinische Versorgung, Nahrung, Wasser und angemessene sanitäre Einrichtungen gibt.

Die Auswirkungen der Unterernährung auf ältere Kinder können ebenfalls besonders schwerwiegend und lang anhaltend sein und sie daran hindern, ihr volles Potenzial in Bezug auf körperliches Wachstum, kognitive Fähigkeiten, schulische Leistungen und Produktivität im späteren Leben zu erreichen.

Viele Mitarbeiter des Gesundheitswesens haben auch nicht genügend Nahrung und Wasser, um ihre Arbeit fortzusetzen, was sich zwangsläufig auch auf die Gesundheits- und Sterblichkeitsraten auswirkt.

68. All dies geschieht mit einer Bevölkerung, die aufgrund der früheren Maßnahmen Israels gegen den Gazastreifen bereits extrem gefährdet war.

Israel hat den Bau und die Reparatur von Wasserinstallationen und Entsalzungsanlagen im Gazastreifen lange Zeit behindert, so dass 95 Prozent des Wassers aus dem einzigen Grundwasserleiter des Gazastreifens bereits vor dem 7. Oktober 2023 für den Verbrauch ungeeignet waren. Durch seine 16-jährige Blockade hat Israel die Wasserversorgung ebenfalls stark beeinträchtigt.

Die wiederholten Angriffe Israels auf den Gazastreifen und die Beschränkungen bei der Reparatur der zerstörten Abwasserinfrastruktur beschädigten den Boden, was die Landwirtschaft erschwerte.

Israel schränkte außerdem den Zugang der Palästinenser im Gazastreifen zu bis zu 35 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen und bis zu 85 Prozent der Fischereigewässer des Gazastreifens ein.

[...]Die Auswirkungen der von Israel erzwungenen Aushungerung des Gazastreifens auf die palästinensischen Kinder werden zwangsläufig schwerwiegend und lang anhaltend sein.

69. Jüngste Berichte über israelische Pläne, die Tunnel im Gazastreifen mit Meerwasser zu fluten, sind äußerst besorgniserregend, da damit die Gefahr einer weiteren Verschlechterung und eines Zusammenbruchs der Wasser- und Abwasserinfrastruktur des Gazastreifens sowie einer lang anhaltenden Verseuchung des Grundwassers und des Bodens verbunden wäre.

Umweltexperten haben davor gewarnt, dass die Strategie "eine ökologische Katastrophe auszulösen droht", die den Gazastreifen ohne trinkbares Wasser zurücklassen, das Wenige, was an Landwirtschaft möglich ist, zerstören und "die Lebensbedingungen aller Menschen in Gaza ruinieren" würde. [...]

70. Experten gehen inzwischen davon aus, dass mehr Palästinenser im Gazastreifen an Hunger und Krankheiten sterben werden als durch Luftangriffe.

Dazu intensiviert Israel seine Bombenangriffe und verhindert so, dass den Palästinensern tatsächlich humanitäre Hilfe zuteil wird.

Es ist klar, dass Israel mit seinen Aktionen und seiner Politik in Gaza den Palästinensern absichtlich Lebensbedingungen schafft, die auf ihre Vernichtung hinauslaufen.

5. Verweigerung des Zugangs zu angemessenen Unterkünften, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen für Palästinenser in Gaza

71. Die meisten der 1,9 Millionen vertriebenen Palästinenser im Gazastreifen suchen Schutz in UNRWA-Einrichtungen, die hauptsächlich aus Schulen und Zelten bestehen.

Auch diese Orte sind nicht sicher: Bislang hat Israel - obwohl ihm die Koordinaten aller Einrichtungen der Vereinten Nationen mitgeteilt wurden - Hunderte palästinensischer Männer, Frauen und Kinder, die in diesen UNRWA-Einrichtungen Schutz suchten, getötet und über Tausend verletzt.

72. Die Situation in den UNRWA-Unterkünften wurde vom Generalkommissar der UNRWA in seinem Schreiben vom 7. Dezember 2023, [...] wie folgt beschrieben:

"In Folge der israelischen Militäroperation sind heute fast 1,2 Millionen Zivilisten in UNRWA-Gebäuden untergebracht. [...] Die UNRWA ist zwar im Gazastreifen noch immer tätig, wenn auch nur notdürftig. Unsere Mitarbeiter betreiben nach wie vor Gesundheitszentren, verwalten Notunterkünfte und unterstützen traumatisierte Menschen, von denen nicht wenige mit ihren toten Kindern ankommen.

Wir verteilen nach wie vor Lebensmittel, obwohl die Gänge und Höfe unseres Geländes so überfüllt sind, dass man kaum noch hindurch kommen kann. Unsere Mitarbeiter nehmen ihre eigenen Kinder mit zur Arbeit, um sicher zu sein, dass diese in Sicherheit sind oder sie mit ihnen gemeinsam umkommen.

Mehr als 130 UNRWA-Mitarbeiter sind nachweislich bei Bombardierungen ums Leben gekommen, die meisten von ihnen zusammen mit ihren Familien; [...] Wenn die UNRWA zusammenbricht, wird auch die humanitäre Hilfe in Gaza zusammenbrechen.

[...] Die Voraussetzung für das UNRWA-Mandat - die Bereitstellung von Dienstleistungen für Palästina-Flüchtlinge bis zu einer politischen Lösung - ist stark gefährdet:

Ohne sichere Unterkünfte und Hilfe droht der Zivilbevölkerung in Gaza der Tod oder sie wird nach Ägypten und weiter hinaus vertrieben. Eine erzwungene Vertreibung aus dem Gazastreifen könnte die Aussichten auf eine politische Lösung, die für das UNRWA-Mandat unabdingbar ist, zunichte machen und damit den Frieden und die Sicherheit in der Region ernsthaft gefährden. Eine Zwangsumsiedlung über palästinensisches Land hinaus, die an die Nakba von 1948 erinnert, muss verhindert werden. [...]

73. Diejenigen Palästinenser, die einen Platz in den UNRWA-Unterkünften haben, sind "die Glücklichen", so der Generalkommissar des UNRWA.

Andere versuchen, bei Verwandten oder Fremden, in staatlichen Einrichtungen, Krankenhaushöfen oder behelfsmäßigen Lagern unterzukommen, ohne Zugang zu Nahrungsmitteln, Wasser oder sanitären Einrichtungen, oder sie leben und schlafen einfach auf der Straße und sind Wind und Wetter ausgesetzt. In den Notunterkünften des UNRWA benutzen derzeit durchschnittlich 486 Menschen eine einzige Toilette, während es an anderen Orten, an denen Menschen Schutz suchen, oft überhaupt keine Toiletten gibt.

Die Palästinenser sind nicht in der Lage, ihre persönliche Hygiene aufrechtzuerhalten, wobei menstruierende Mädchen und Frauen besonders betroffen sind.

Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass es im Durchschnitt "nur eine Dusche für 4500 Menschen" gibt.

Berichten zufolge sterben Neugeborene in Notunterkünften an vermeidbaren Ursachen, weil es keine angemessenen sanitären Einrichtungen, keine Nahrungsmittel, kein Wasser und keine medizinische Versorgung gibt.

74. [...] Über eine Million Palästinenser wurden auf "Befehl" des israelischen Militärs weiterhin in das Gouvernement Rafah nahe der ägyptischen Grenze vertrieben. Das Gebiet hat sich zum "Epizentrum der Vertreibung" entwickelt[...]

75. Im gesamten Gazastreifen herrscht ein akuter Mangel an warmer Kleidung, Bettzeug, Decken und lebensnotwendigen Gütern. Die Menschen sind in hohem Maße auf eingesammeltes Holz und brennbare Abfälle zum Kochen und Wärmen angewiesen, was das Risiko von Atemwegserkrankungen erhöht.

Es herrscht auch ein akuter Mangel an sauberem Wasser, was nicht nur die Flüssigkeitsversorgung, sondern auch das Waschen, Reinigen und Kochen stark beeinträchtigt.

Die Belagerung und die Schäden an der Infrastruktur aufgrund der Bombardierung verhindern weiterhin eine angemessene Wasseraufbereitung und -verteilung sowie Abwasserentsorgung, wobei Überschwemmungen das Risiko der Verbreitung von Infektionskrankheiten unter den vertriebenen Palästinensern exponentiell erhöhen.

Am 20. Dezember 2023 warnte der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), dass "in Gaza bereits jetzt die Zahl der Ausbrüche von Infektionskrankheiten sprunghaft ansteigt. Die Zahl der Durchfallerkrankungen bei Kindern unter 5 Jahren ist 25 Mal höher als vor dem Konflikt. Solche Erkrankungen können für unterernährte Kinder tödlich enden, vor allem, wenn es keine funktionierenden Gesundheitsdienste gibt". Die Abwässer können nicht mehr kanalisiert werden und fließen auf die Straßen, auf denen die Palästinenser leben. [...]

Diese Bedingungen – von Israel absichtlich herbeigeführt – zielen auf die Vernichtung der palästinensischen Gruppe in Gaza.

6. Verweigerung angemessener medizinischer Hilfe für Palästinenser in Gaza

76. [...]Israel "hat dem Gesundheitssystem in Gaza einen 'unerbittlichen Krieg' erklärt", wie die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit feststellt.

In einer Erklärung vom 7. Dezember 2023 stellte die UN-Sonderberichterstatterin fest, dass "die Infrastruktur des Gesundheitswesens im Gazastreifen völlig zerstört ist" und dass "wir Zeugen eines beschämenden Krieges gegen das Gesundheitspersonal sind". Sie warnte, dass "[w]ir uns in der dunkelsten Zeit für das Recht auf Gesundheit in unserem Leben befinden" und dass "[w]ir in Tiefen hinabgestiegen sind, aus denen wir schnell wieder herauskommen müssen".³³¹

77. In einem Schreiben an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vom 4. Dezember 2023 schrieb der internationale Präsident von Ärzte ohne Grenzen:

[...] Wir beobachten, wie *Krankenhäuser in Leichenhallen und Ruinen verwandelt werden.*

Diese vermeintlich geschützten Einrichtungen werden bombardiert, mit Panzern und Kanonen beschossen, eingekesselt und überfallen, wobei Patienten und medizinisches Personal getötet werden.

Die Weltgesundheitsorganisation hat 203 Angriffe auf das Gesundheitswesen dokumentiert, die zu mindestens 22 Todesfällen und 59 Verletzungen von Angehörigen des medizinischen Personals im Dienst führten.

Das medizinische Personal, auch unser eigenes, ist völlig erschöpft und verzweifelt. Sie mussten *Kindern, die an schweren Verbrennungen litten, ohne Narkose und ohne sterilisierte chirurgische Instrumente Gliedmaßen amputieren.*

Aufgrund von Zwangsevakuierungen durch israelische Soldaten mussten einige Ärzte Patienten zurücklassen, nachdem sie vor der unvorstellbaren Wahl zwischen ihrem Leben und dem ihrer Patienten standen. Es gibt keine Rechtfertigung für die grausamen Angriffe auf das Gesundheitswesen...[...]

"Wir haben getan, was wir konnten. Erinnert euch an uns." Dies sind die Worte, die unser Dr. Mahmoud Abu Nujaila, der inzwischen bei einem Krankenhausangriff getötet wurde, auf eine Whiteboard im Krankenhaus von Gaza schrieb, das normalerweise für die Planung von Operationen verwendet wird.

Werden der Sicherheitsrat und seine Mitglieder dasselbe sagen können, wenn die Waffen schweigen und das wahre Ausmaß der Verwüstung ans Licht kommt?"

78. Seit Anfang Dezember 2023 [...] hat die israelische Armee weiterhin Krankenhäuser und Gesundheitszentren angegriffen und belagert, ihnen den Strom und den Treibstoff entzogen, die für die Aufrechterhaltung eines effektiven Betriebs und der Geräte unerlässlich sind, sie an der Versorgung mit medizinischen Gütern, Lebensmitteln und Wasser gehindert, ihre Evakuierung und Schließung erzwungen und sie praktisch zerstört. [...]

Die Weltgesundheitsorganisation beschreibt die Situation als "skrupellos" und "unfassbar".

79. [...] Nur 13 von 36 Krankenhäusern und 18 von 72 Gesundheitszentren sind noch funktionsfähig – einige von ihnen kaum – trotz der überwältigenden Zahl von Menschen, die durch israelische Angriffe verletzt wurden.

Die israelische Armee hat Generatoren für Krankenhäuser, Solaranlagen für Krankenhäuser, und andere lebensrettende Geräte wie Sauerstoffstationen und Wassertanks angegriffen. Sie hat auch Krankenwagen, medizinische Konvois und Ersthelfer angegriffen. 311 Mitarbeiter des Gesundheitswesens wurden getötet [...]

Unter den Toten befinden sich einige der erfahrensten und qualifiziertesten Ärzte des Gazastreifens, darunter Dr. Hani Al Haitham, Leiter der Notaufnahme des Al Shifa-Krankenhauses, der zusammen mit seiner Frau Dr. Sameera Ghirafi und ihren Kindern getötet wurde;

Dr. Mohammad Dabbour, Leiter der Pathologie am Al Shifa-Krankenhaus, der Berichten zufolge zusammen mit seinem Sohn und seinem Vater getötet wurde, als sie versuchten, aus Gaza-Stadt zu fliehen;

Dr. Medhat Saidam, plastisch-rekonstruktiver Verbrennungschirurg am Al Shifa-Krankenhaus,

und Dr. Hammam Alloh, Nephrologe am Al Shifa-Krankenhaus, wurden bei Angriffen auf ihre Familienhäuser getötet.

In einem Interview kurz vor seinem Tod antwortete Dr. Alloh auf die Frage, warum er nicht aus dem Norden in den Süden fliehe, wie folgt: "Wenn ich gehe, wer würde dann meine Patienten behandeln? Wir sind keine Tiere, wir haben das Recht auf eine angemessene medizinische Versorgung. Glauben Sie, ich habe insgesamt 14 Jahre lang Medizin studiert und promoviert, damit ich nur an mein Leben und nicht an meine Patienten denke?".

Die systematische Zerstörung palästinensischer Krankenhäuser und die Ermordung palästinensischer Fachärzte beeinträchtigt nicht nur die derzeitige Versorgung der Palästinenser im Gazastreifen, sondern untergräbt auch die Aussicht auf ein künftiges palästinensisches Gesundheitssystem im Gazastreifen und zerstört dessen Fähigkeit zum Wiederaufbau und zur wirksamen Versorgung der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen.

80. Mindestens 570 Palästinenser wurden in Krankenhäusern und Gesundheitszentren im Gazastreifen getötet und weitere 746 verletzt. Darunter sind Patienten sowie auch intern vertriebene Palästinenser, die vergeblich auf oder in der Nähe von Krankenhäusern Zuflucht gesucht haben und durch israelische Angriffe oder Scharfschützen getötet wurden. Palästinensische Mütter wurden in Entbindungskliniken und palästinensische Kinder in Kinderkliniken getötet. [...] Einige sind mehrfach Opfer israelischer Angriffe geworden, wie die 12-jährige Dina Abu Mohsen, die von UNICEF interviewt wurde, nachdem sie ihre Eltern, zwei Geschwister und ihr Bein bei einem israelischen Angriff auf ihr Haus verloren hatte und dann selbst getötet wurde, als die israelische Armee das Krankenhaus beschoss, in dem sie behandelt wurde.

81. Andere Palästinenser starben als unmittelbare Folge des israelischen Strom- und Treibstoffstopps für Krankenhäuser, darunter fünf Frühgeborene und 40 Patienten der Intensiv- und Nierenstation des Al Shifa Krankenhauses.

Andere Palästinenser starben als direkte Folge der von Israel erzwungenen Evakuierung von Krankenhäusern, darunter mindestens vier Babys im Al Nasr Krankenhaus, deren winzige Körper Wochen später – während eines vorübergehenden Waffenstillstands – in ihren Krankenhausbetten verwest aufgefunden wurden. Krankenhaushöfe wurden in Massengräber verwandelt.[...]

Israelische Bulldozer hoben am 16. Dezember ein Massengrab im belagerten Kamal-Adwan-Krankenhaus aus, in dem 26 Palästinenser verscharrt worden waren, und exhumierten es. Hossam Abu Safiyya, Leiter der pädiatrischen Abteilung des Kamal-Adwan-Krankenhauses, erklärte gegenüber CNN: "Die Soldaten haben heute Morgen die Gräber ausgehoben und die Leichen mit Bulldozern weggeschleppt, dann haben sie die Leichen mit den Bulldozern zermalmt ... So etwas habe ich noch nie gesehen.

82. Die Resolution ES10/21 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 27. Oktober 2023, die zur "Achtung und zum Schutz aller zivilen und humanitären Einrichtungen, einschließlich Krankenhäuser und anderer medizinischer Einrichtungen, sowie des gesamten humanitären und medizinischen Personals" aufruft, wurde entschieden ignoriert. Nach wie vor werden Ärzte und medizinisches Personal nicht nur getötet, sondern auch zusammengetrieben und verschleppt. Dazu gehören auch der Generaldirektor von Al Shifa und seine Mitarbeiter, die seit dem 23. November 2023 in Isolationshaft gehalten werden.

83. [...] Es gibt Berichte von schwer verletzten Patienten, die kilometerweit laufen, um Hilfe zu finden. UNICEF hob den Fall eines Jungen aus dem Norden hervor, "dessen Bein bei einem Angriff weggesprengt worden war", der "drei oder vier Tage" versucht hatte, den Süden zu erreichen, wobei er durch Kontrollpunkte aufgehalten wurde ... Der Geruch [der Verwesung] war deutlich ... und der Junge hatte überall Granatsplitter. Möglicherweise war er blind und hatte Verbrennungen an 50 Prozent seines Körpers". [...]

Die Palästinenser mussten ihre Kranken, Behinderten und Verwundeten in einem Gewaltmarsch aus dem Norden in den Süden - und dann wieder aus dem Süden - evakuieren, indem sie Krankenhausbetten hinter Autos herzogen, Rollstühle schoben, sie auf behelfsmäßigen Tragen anhoben oder sie einfach auf dem Arm trugen.

84. Der kritische Mangel an Personal und Material - einschließlich Betäubungsmitteln, Schmerzmitteln, Medikamenten und Desinfektionsmitteln - hat nicht nur zu unnötigen Amputationen von Gliedmaßen geführt, sondern auch zu Amputationen *ohne Betäubung*, die oft mit Taschenlampen durchgeführt werden.

Auch bei schwangeren Frauen werden Kaiserschnitte ohne Betäubung durchgeführt.

Patienten werden auf schmutzigen, blutverschmierten Böden behandelt, und Familienangehörige müssen Kochsalzbeutel in der Hand halten, sofern überhaupt Kochsalzlösung vorhanden ist.

Es gibt nicht genügend Personal und Mittel für eine angemessene Wund- oder postoperative Wundversorgung:

unsaubere Wunden - die oft von Würmern und Fliegen befallen sind - infizieren sich schnell, werden nekrotisch oder gangränös.

Die Patienten flehen um Nahrung und Wasser.

Selbst eine grundlegende Schmerzbehandlung ist oft nicht verfügbar, und die Patienten laufen Gefahr, an behandelbaren Krankheiten zu sterben.

Ein Arzt beschrieb, dass er Eingriffe ohne Betäubung durchführen musste:

"Ich war gezwungen, Verbände für massive Wunden zu wechseln, unerträglich schmerzhaft Wunden. Es gab ein Mädchen, dessen ganzer Körper mit Schrapnellen übersät war. Sie war neun Jahre alt. Am Ende musste ich diese Wunden ohne Betäubung und ohne Schmerzmittel wechseln und reinigen. Es gelang mir, etwas intravenöses Paracetamol aufzutreiben, das ich ihr geben konnte ... ihr Vater weinte, ich weinte, und das arme Kind schrie ...".

85. Neben den Kriegsverletzten gibt es Hunderttausende von Palästinensern in Gaza, die wegen Bluthochdruck, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes immer noch eine medizinische Routineversorgung benötigen.

Tausende von Palästinensern im Gazastreifen benötigen außerdem dringende Hilfe bei Nieren- und Krebserkrankungen, und schätzungsweise 130 Frühgeborene sind jederzeit auf Brutkästen angewiesen, um zu überleben. Viele von ihnen können jetzt keine medizinische Hilfe erhalten. [...]

Älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen fehlt es an lebenswichtigen Medikamenten, und sie sind einem höheren Risiko von übertragbaren Krankheiten, Unterernährung und Tod ausgesetzt. Schwangere Frauen sind ebenfalls besonders gefährdet.

86. [...] Die Weltgesundheitsorganisation stellte fest: "Im Gazastreifen ist die Zahl der Infektionskrankheiten bereits stark angestiegen. Seit Mitte Oktober wurden über 100 000 Fälle von Durchfallerkrankungen gemeldet. Die Hälfte davon ist bei Kleinkindern unter 5 Jahren zu verzeichnen, eine Zahl, die 25 Mal höher ist als vor dem Konflikt.

Es wurden über 150 000 Fälle von Infektionen der oberen Atemwege sowie zahlreiche Fälle von Meningitis, Hautausschlägen, Krätze, Läusen und Windpocken gemeldet.

[...] Während ein gesunder Körper diese Krankheiten leichter abwehren kann, hat ein ausgelaugter und geschwächter Körper damit zu kämpfen. Hunger schwächt die körpereigenen Abwehrkräfte und öffnet die Tür für Krankheiten.

Unterernährung erhöht das Risiko, dass Kinder an Krankheiten wie Durchfall, Lungenentzündung und Masern sterben, vor allem in einem Umfeld, in dem sie keinen Zugang zu lebensrettenden Gesundheitsdiensten haben.

Selbst wenn das Kind überlebt, kann die Auszehrung lebenslange Auswirkungen haben, da sie das Wachstum hemmt und die kognitive Entwicklung beeinträchtigt...

Die Menschen in Gaza, die schon genug gelitten haben, sind nun vom Hungertod bedroht und von Krankheiten, *die mit einem funktionierenden Gesundheitssystem leicht behandelt werden könnten*. Das muss aufhören. Nahrungsmittel und andere Hilfsgüter müssen in weit größerem Umfang fließen. Die WHO bekräftigt ihre Forderung nach einem sofortigen humanitären Waffenstillstand".

87. Experten schätzen, dass die Zahl der Todesopfer durch Krankheiten und Hunger "ein Vielfaches der Zahl der Todesopfer durch Kämpfe und Luftangriffe betragen könnte". In der britischen medizinischen Fachzeitschrift *The Lancet* schreibt eine Gruppe von Medizinerinnen über die "gesundheitliche Dimension der Gewalt, die aus der anhaltenden Belagerung und den Angriffen auf die Palästinenser resultiert" und warnt zu Recht vor der "ernsten Gefahr eines Völkermords an der palästinensischen Bevölkerung".

7. Zerstörung des palästinensischen Lebens in Gaza

88. [...] Israel hat nicht nur einzelne Wohnungen, Häuser und ganze Wohnblocks zerstört, sondern auch ganze Straßenzüge und Stadtteile: Shuja'iyya, ein Vorort von Gaza-Stadt, in dem einst rund 110.000 Palästinenser lebten, ist heute eine riesige Einöde, völlig eingeebnet, so weit das Auge reicht.

Die Geschäfte, Schulen, der pulsierende Markt, die Wohnhäuser, die Arztpraxen, die historischen Straßen und die Ibn-Uthman-Moschee und alles, was das palästinensische Leben dort einst ausmachte, ist beschädigt oder zerstört worden, gemeinsam mit vielen seiner Bewohner.[...]

89. Zusätzlich zu den bereits erwähnten Angriffen auf Häuser, Wohnviertel, Krankenhäuser, Wassersysteme, landwirtschaftliche Flächen, Bäckereien und Mühlen hat Israel auch das grundlegende zivile System in Gaza angegriffen.

Israel hat den Justizpalast – das wichtigste palästinensische Gerichtsgebäude in Gaza – ins Visier genommen, in dem der Oberste Palästinensische Gerichtshof, das

Verfassungsgericht, das Berufungsgericht, das Gericht erster

Instanz, das Verwaltungsgericht und das Magistratsgericht sowie ein Archiv mit Gerichtsakten und anderen historischen Akten untergebracht sind.

Israel hat auch den Komplex des Palästinensischen Legislativrats erheblich beschädigt.

Es hat das Gebäude des Zentralarchivs von Gaza-Stadt angegriffen, das Tausende von historischen Dokumenten und nationalen Aufzeichnungen enthält [...].

90. Israel hat die wichtigste öffentliche Bibliothek von Gaza-Stadt in Trümmern hinterlassen. Darüber hinaus hat es unzählige Buchhandlungen, Verlage, Bibliotheken, und Hunderte von Bildungseinrichtungen beschädigt oder zerstört.

Israel hat alle vier Universitäten des Gazastreifens angegriffen – darunter die Islamische Universität von Gaza, die älteste Hochschuleinrichtung des Gebiets, an der unter anderem Generationen von Ärzten und Ingenieuren ausgebildet wurden – und damit die Bildungseinrichtungen für künftige Generationen von Palästinensern in Gaza zerstört. Neben vielen anderen hat Israel führende palästinensische Akademiker getötet, darunter:

Professor Sufian Tayeh, der Präsident der Islamischen Universität – ein preisgekrönter Physiker und UNESCO-Lehrstuhlinhaber für Astronomie, Astrophysik und Weltraumwissenschaften in Palästina –, der zusammen mit seiner Familie bei einem Luftangriff ums Leben kam;

Dr. Ahmed Hamdi Abo Absa, Dekan des Fachbereichs Softwaretechnik an der Universität von Palästina [...];

Professor Muhammad Eid Shabir, Professor für Immunologie und Virologie und ehemaliger Präsident der Islamischen Universität Gaza und Professor Refaat Alareer, Dichter und Professor für vergleichende Literatur und kreatives Schreiben an der Islamischen Universität Gaza, wurden beide zusammen mit ihren Familienangehörigen von Israel getötet.

Professor Alareer war Mitbegründer von "We are Not Numbers", einem palästinensischen Jugendprojekt, das versucht, die Geschichten hinter den ansonsten unpersönlichen Berichten über Palästinenser – und palästinensische Todesfälle – in den Nachrichten zu erzählen.

91. Israel hat zahlreiche palästinensische Bildungs- und Kulturzentren beschädigt und zerstört, darunter die Al-Zafar-Dmari-Moschee und das Zentrum für Manuskripte und antike Dokumente, das orthodoxe Kulturzentrum, das Al-Qarara-Kulturmuseum,[...] und das Rafah-Museum, Gaza's neu eröffnetes Museum des palästinensischen Erbes mit Hunderten von kulturellen und archäologischen Artefakten.

Israels Angriffe haben die antike Geschichte des Gazastreifens zerstört: Acht Stätten wurden beschädigt oder zerstört,

darunter der antike Hafen von Gaza [...]- die archäologische Stätte eines 2.000 Jahre alten römischen Friedhofs [...]

Israel hat auch die "Altstadt" von Gaza-Stadt zerstört, einschließlich ihrer 146 Jahre alten historischen Häuser, Moscheen, Kirchen, Märkte und Schulen.

Israel hat auch die jüngere Geschichte Gazas aus hoffnungsvolleren Zeiten zerstört, darunter das Rashad al-Shawa-Kulturzentrum[...] und ein wichtiges kulturelles Zentrum für die Palästinenser in Gaza mit seinem Theater, seiner Bibliothek und seinen Veranstaltungsräumen.

Und Israel zerstört das künftige akademische und kulturelle Potenzial des Gazastreifens: neben den 352 palästinensischen Schulen, die es beschädigt oder zerstört hat, den 4.037 Schülern und 209 Lehrern und pädagogischem Personal, die es getötet hat, neben den anderen 7.259 Schülern und 619 Lehrern, die es verletzt hat.

92. Israel hat schätzungsweise 318 muslimische und christliche religiöse Stätten beschädigt oder zerstört und damit die Orte zerstört, an denen Palästinenser seit Generationen beten.

Dazu gehört die Große Omari-Moschee, ursprünglich eine byzantinische Kirche aus dem fünften Jahrhundert, ein ikonisches Wahrzeichen der Geschichte, der Architektur und des kulturellen Erbes des Gazastreifens und seit über 1 000 Jahren ein Ort der Anbetung für Christen und Muslime.

Der israelische Beschuss hat auch die Kirche des Heiligen Porphyrius beschädigt, die 425 n. Chr. gegründet wurde und als drittälteste Kirche der Welt gilt.[...]

Christen im Gazastreifen wurden von Israel in den Kirchen, in denen sie Schutz suchten, angegriffen und getötet.

93. Neben der Zerstörung der physischen Denkmäler für die Geschichte und das Erbe der Palästinenser in Gaza strebt Israel an, das palästinensische Volk selbst zu zerstören, das dieses Erbe formt und schafft:

Gaza gefeierte Journalisten, seine Lehrer, Intellektuellen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, seine Ärzte und Krankenschwestern, seine Filmemacher, Schriftsteller und Sänger, die Direktoren und Dekane seiner Universitäten, die Leiter seiner Krankenhäuser, seine herausragenden Wissenschaftler, Linguisten, Dramatiker, Romanautoren, Künstler und Musiker.

Israel hat palästinensische Geschichtenerzähler und Dichter, palästinensische Bauern und Fischer sowie lokale Legenden des Gazastreifens getötet und tut dies auch weiterhin:

Der Konditor Masoud Muhammad al-Qatati, der am 3. November 2023 bei einem israelischen Luftangriff auf sein Haus getötet wurde und dessen Motto "Lasst die Armen essen" und sein Ruf, die beliebte palästinensische Leckerei "Knafeh" an bedürftige Kunden zu verschenken, ihm den Spitznamen "Vater der Armen" einbrachte;

die 84-jährige Elham Farah aus einer der ältesten christlichen Familien Palästinas – eine renommierte Akkordeonspielerin und Musiklehrerin, die Generationen von palästinensischen Musikschülern wegen ihres roten Haarschopfs als "Mutter Orange" bekannt war⁴¹⁷ – wurde von einem israelischen Scharfschützen vor der Kirche der Heiligen Familie in Gaza-Stadt erschossen, als sie nach Hause kam, um warme Kleidung zu holen, und verblutete;

und Al-Shaima Saidam, die Gymnasiastin mit den besten Abschlussnoten in ganz Palästina, die zusammen mit mehreren Mitgliedern ihrer Familie bei einem Angriff auf das Flüchtlingslager Al Nuseirat getötet wurde. [...]

Israel löscht auch das persönliche Leben und die privaten Erinnerungen, die Geschichte und die Zukunft der Palästinenser aus, indem es Friedhöfe bombardiert und mit Bulldozern platt walzt,⁴²⁰ Familienunterlagen und Fotos vernichtet, ganze Mehrgenerationenfamilien auslöscht, [...]

8. Verhängung von Maßnahmen zur Verhinderung palästinensischer Geburten

95. [...] Schätzungsweise 70 Prozent der Getöteten sind Frauen und Kinder. Schätzungen zufolge werden in Gaza jede Stunde zwei Mütter getötet. Allein bis zum 11. Dezember 2023 wurden schätzungsweise 7.729 Kinder getötet. Mindestens 4.700 weitere Frauen und Kinder werden als vermisst gemeldet, da sie vermutlich unter den Trümmern begraben sind.

[...]

96. Schwangere Frauen und Kinder - einschließlich Neugeborener - sind ebenfalls besonders von der Vertreibung, dem fehlenden Zugang zu Nahrung und Wasser, Unterkünften, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen sowie dem fehlenden Zugang zu Gesundheitsdiensten betroffen. Diese Auswirkungen sind schwerwiegend und signifikant. Schätzungsweise 5.500 der rund 52.000 schwangeren Palästinenserinnen im Gazastreifen, die jeden Monat ein Kind zur Welt bringen, tun dies unter unsicheren Bedingungen, oft ohne sauberes Wasser, geschweige denn medizinische Hilfe,

"in Notunterkünften, in ihren Häusern, auf der Straße inmitten von Trümmern oder in überlasteten Gesundheitseinrichtungen, wo sich die sanitären Verhältnisse verschlechtern und das Risiko von Infektionen und medizinischen Komplikationen steigt". [...]

97. Angesichts des fehlenden Zugangs zu lebenswichtigen medizinischen Gütern, einschließlich Blut, sind die Ärzte gezwungen, bei jungen Frauen unnötige Hysterektomien vorzunehmen, um ihr Leben zu retten, so dass sie keine weiteren Kinder bekommen können. [...]

Das Fehlen von Medikamenten wie der Anti-D-Spritze, die Rhesus-negativen Frauen nach der Geburt eines Rhesus-positiven Kindes verabreicht wird, beeinträchtigt auch die Möglichkeit künftiger gesunder Schwangerschaften für die betroffenen Frauen erheblich.

98. Berichten zufolge ist die Zahl der Frühgeburten um 25 bis 30 Prozent gestiegen, da die gestressten und traumatisierten schwangeren Frauen mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert sind, wie z. B. dem Zwang, lange Strecken zu Fuß

zurückzulegen, um sich in Sicherheit zu bringen, dem Versuch, vor Bomben zu fliehen, und der Enge in den Unterkünften, die oft unter erbärmlichen Bedingungen errichtet wurden. [...]

99. Berichten zufolge sterben immer mehr palästinensische Babys im Gazastreifen an völlig vermeidbaren Ursachen, die auf Israels Maßnahmen zurückzuführen sind:

Neugeborene im Alter von bis zu drei Monaten sterben an Durchfall, Unterkühlung und anderen vermeidbaren Ursachen. Ohne wichtige Ausrüstung und medizinische Unterstützung haben Frühgeborene und untergewichtige Babys kaum eine Überlebenschance.

Palästinensische Neugeborene sind gestorben, weil es keinen Treibstoff für die Versorgung der Krankenhausgeneratoren gab; andere wurden in ihren Krankenhausbetten verwest aufgefunden, da das medizinische Personal, das sich um sie kümmerte, von Israel zur Evakuierung gezwungen worden war.

100. [...] Am 20. November 2023 hat die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für Gewalt gegen Frauen und Mädchen, ihre Ursachen und Folgen, ausdrücklich davor gewarnt:

"Die reproduktive Gewalt, die Israel palästinensischen Frauen, Neugeborenen, Säuglingen und Kindern zufügt, könnte als ... *Akte des Völkermordes gemäß Artikel 2 der Konvention zur Verhütung des Völkermordes* ...

einschließlich der Auferlegung von Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten innerhalb einer Gruppe" eingestuft werden.

Sie betonte, dass "die Staaten solche Handlungen im Einklang mit ihrer Verantwortung gemäß der Völkermordkonvention verhindern und bestrafen müssen."

D. Äußerungen von Völkermordabsichten gegen das palästinensische Volk durch israelische Staatsbeamte und andere

101. Die Beweise für die spezifische Absicht ("*dolus specialis*") der israelischen Staatsbeamten, Völkermord zu begehen und fortzusetzen oder ihn nicht zu verhindern, sind seit Oktober 2023 erheblich und offenkundig. Diese Absichtserklärungen - in Verbindung mit dem Ausmaß des Tötens, Verstümmelns, der Vertreibung und der Zerstörung vor Ort sowie der Belagerung - belegen einen sich entfaltenden und fortgesetzten Völkermord. Dazu gehören Erklärungen der folgenden Personen, die die höchste Verantwortung tragen:

- **Premierminister von Israel:** Am 7. Oktober 2023 versprach Premierminister Benjamin Netanjahu in einer Fernsehansprache, "überall mit Gewalt zu operieren".⁴³⁹ Am 13. Oktober 2023 bekräftigte er, dass "wir unsere Feinde mit einer noch nie dagewesenen Macht angreifen...".

[...] Am 16. Oktober 2023 beschrieb er in einer offiziellen Rede vor der israelischen Knesset die Situation als "einen Kampf zwischen den Kindern des Lichts und den Kindern der Finsternis, zwischen der Menschlichkeit und dem Gesetz des Dschungels", ein entmenschlichendes Thema, auf das er bei verschiedenen Gelegenheiten zurückkam [...].

Am 28. Oktober 2023, als die israelischen Streitkräfte ihren Einmarsch in den Gazastreifen vorbereiteten, berief sich der Premierminister auf die biblische Geschichte der totalen Vernichtung Amaleks durch die Israeliten und erklärte:

"Ihr müsst euch daran erinnern, was Amalek euch angetan hat, sagt unsere Heilige Bibel. Und wir erinnern uns".

[...] Die entsprechende Bibelstelle lautet wie folgt: "Nun geht, greift Amalek an und verbannt alles, was ihm gehört.

Verschont niemanden, sondern tötet Männer und Frauen, Säuglinge und Kleinkinder, Rinder und Schafe, Kamele und Esel".

– **Präsident von Israel:** Am 12. Oktober 2023 machte Präsident Isaac Herzog deutlich, dass Israel nicht zwischen Kämpfern und Zivilisten im Gazastreifen unterscheidet, und

erklärte in einer Pressekonferenz vor ausländischen Medien - in Bezug auf die Palästinenser im Gazastreifen, von denen über eine Million Kinder sind: "Es ist eine ganze Nation da draußen, die verantwortlich ist. Diese Rede davon, dass die Zivilisten nicht wissen, dass sie nicht beteiligt sind, ist nicht wahr. Sie ist absolut nicht wahr. ... und wir werden kämpfen, bis wir ihnen das Rückgrat brechen."

[...] Der israelische Präsident ist einer von vielen Israelis, die handschriftliche "Botschaften" auf Bomben geschrieben haben, die auf Gaza abgeworfen werden sollen.

– **Israelischer Verteidigungsminister:** Am 9. Oktober 2023 teilte Verteidigungsminister Yoav Gallant in einem "Lagebericht" der israelischen Armee mit, dass Israel "den Gazastreifen vollständig belagert. Kein Strom, keine Lebensmittel, kein Wasser, kein Treibstoff.

Alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend".

Außerdem teilte er den Truppen an der Grenze zum Gazastreifen mit, dass er "alle Zurückhaltung gelöst" habe : "Gaza wird nicht mehr so sein wie vorher. Wir werden alles beseitigen.[...]

– **Israelischer Minister für Energie und Infrastruktur:**

Am 13. Oktober 2023 erklärte Israel Katz in einem "Tweet": "Der gesamten Zivilbevölkerung in Gaza wird befohlen, den Gazastreifen sofort zu verlassen. Wir werden gewinnen. Sie werden keinen Tropfen Wasser oder eine einzige Batterie erhalten, bis sie die Welt verlassen." [...]

– **Israelischer Minister für Kulturerbe:** Am 1. November 2023 postete Amichai Eliyahu auf Facebook: "Der Norden des Gazastreifens, schöner als je zuvor. Alles ist in die Luft gesprengt und eingeebnet, einfach eine Freude für die Augen ... Wir müssen über den Tag danach sprechen.

Meiner Meinung nach werden wir all jenen, die im Laufe der Jahre für den Gazastreifen gekämpft haben, und jenen, die aus Gush Katif [einer ehemaligen israelischen Siedlung] vertrieben wurden, Landparzellen übergeben."

Später sprach er sich gegen humanitäre Hilfe aus, so wie "wir den Nazis keine humanitäre Hilfe gewähren würden" und es "so was wie unbeteiligte Zivilisten in Gaza nicht gibt".

Er schlug auch einen Atomangriff auf den Gazastreifen vor.

– **Israelischer Minister für Landwirtschaft:**

Am 11. November 2023 erinnerte Avi Dichter in einem Fernsehinterview an die Nakba von 1948, bei der mehr als 80 Prozent der palästinensischen Bevölkerung des neuen israelischen Staates aus ihren Häusern vertrieben wurden oder geflohen sind, und erklärte: "Wir rollen gerade die Gaza Nakba aus".

– **Stellvertretender Sprecher der Knesset und Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit:** Am 7. Oktober 2023 "tweetete" Nissim Vaturi, dass: "Jetzt haben wir alle ein gemeinsames Ziel - den Gazastreifen vom Antlitz der Erde zu tilgen. Diejenigen, die dazu nicht in der Lage sind, werden ersetzt werden".

102. Ähnliche Erklärungen wurden von Beamten, Beratern und Sprechern der israelischen Armee und anderen Personen abgegeben, die mit den im Gazastreifen stationierten israelischen Truppen zu tun haben:

[...]

– **Generalmajor der israelischen Armee, ehemaliger Leiter des israelischen Nationalen Sicherheitsrates und Berater des Verteidigungsministers:**⁴⁶⁶

Am 7. Oktober 2023 beschrieb **Giora Eiland** in einem Online-Journal den israelischen Befehl, die Wasser- und Stromversorgung des Gazastreifens zu unterbrechen:

"Das ist es, was Israel zu tun begonnen hat - wir haben die Versorgung des Streifens mit Energie, Wasser und Diesel gekappt. Aber das ist nicht genug.

Um die Belagerung wirksam zu machen, müssen wir andere daran hindern, dem Gazastreifen Hilfe zu leisten.

Man sollte den Menschen sagen, dass sie zwei Möglichkeiten haben: zu bleiben und zu hungern oder zu gehen. Wenn Ägypten und andere Länder es vorziehen, dass diese Menschen im Gazastreifen umkommen, ist das ihre Entscheidung". [...]

Er hat [...] erklärt, dass *"Israel kein Interesse daran hat, dass der Gazastreifen rehabilitiert wird, und dies ist ein wichtiger Punkt, der den Amerikanern klar gemacht werden muss"*, und dass *"wenn wir die Geiseln jemals lebend wiedersehen wollen, der einzige Weg darin besteht,*

eine *schwere humanitäre Krise im Gazastreifen* zu verursachen".

„Es gibt dort Wasseraufbereitungsanlagen, und Israel sollte diese Anlagen angreifen. Wenn die ganze Welt sagt, dass wir verrückt geworden sind und dies eine humanitäre Katastrophe ist, werden wir sagen, dass es kein Ziel ist, sondern ein Mittel.“

[...] In Anlehnung an die Worte von Präsident Herzog hat er wiederholt unterstrichen, dass es keinen Unterschied zwischen Hamas-Kämpfern und palästinensischen Zivilisten geben dürfe, indem er sagte:

"[...] Die internationale Gemeinschaft warnt uns vor einer humanitären Katastrophe in Gaza und vor schweren Epidemien. Davor dürfen wir nicht zurückschrecken, so schwierig das auch sein mag. Schließlich *werden schwere Epidemien im Süden des Gazastreifens den Sieg näher bringen. . . Gerade sein ziviler Zusammenbruch wird das Ende des Krieges näher bringen.*

[...]

Am 11. Oktober 2023 wurde der 95-jährige israelische Armee-Reservist Ezra Yachin [...] in den sozialen Medien übertragen, wo er andere Soldaten wie folgt zum Völkermord aufstachelte [...]:

"Sei triumphierend und erledige sie, ohne jemanden zurückzulassen. *Löscht die Erinnerung an sie aus. Löscht sie aus, ihre Familien, Mütter und Kinder. Diese Tiere können nicht länger leben...* Jeder Jude mit einer Waffe sollte hinausgehen und sie töten.

Wenn du einen arabischen Nachbarn hast, warte nicht, geh zu ihm nach Hause und erschieß ihn...

Wir wollen einmarschieren, nicht wie früher, wir wollen eindringen und *zerstören, was vor uns ist, und Häuser zerstören, dann das nächste zerstören.*

Mit all unseren Kräften, *vollständige Zerstörung, eindringen und zerstören.*[...]

Lasst sie Bomben auf sie werfen und sie auslöschen."

103. Die oben genannten Äußerungen israelischer Entscheidungsträger und Militärs stellen eine klare direkte und öffentliche Aufforderung zum Völkermord dar, die unkontrolliert und ungestraft geblieben ist.

Aus den Handlungen der israelischen Armee vor Ort [...] lässt sich eindeutig schließen, dass diese völkermörderischen Erklärungen und Anweisungen gegen das palästinensische Volk umgesetzt werden.

Dies ist auch die eindeutige und notwendige Schlussfolgerung, die aus den sich abzeichnenden Aussagen der im Gazastreifen diensttuenden Soldaten der israelischen Armee, einschließlich der vor Ort stationierten, gezogen werden muss:

– In einem Video, das in Beit Lahia gedreht und am 4. November 2023 im israelischen Fernsehen ausgestrahlt wurde, erklärte Oberst Yogev Bar- Sheshet:

"Wer hierher zurückkehrt, wenn er denn zurückkehrt, wird verbrannte Erde vorfinden. Keine Häuser, keine Landwirtschaft, kein gar nichts. Sie haben keine Zukunft."

Ein anderer Oberst der Armee, der in demselben Video zu sehen ist, Oberst Erez Eshel (Reserve), äußerte sich ebenfalls wie folgt: "Rache ist ein großer Wert.

Es gibt Rache für das, was sie uns angetan haben ...

Dieser Ort wird ein Brachland sein.

Sie werden hier nicht leben können".

– Israelische Soldaten in Uniform wurden am 5. Dezember 2023 dabei gefilmt, wie sie tanzten, skandierten und sangen:

"Möge ihr Dorf brennen, möge Gaza ausgelöscht werden"; und zwei Tage später, am 7. Dezember 2023, tanzten, sangen und skandierten sie *innerhalb des Gazastreifens*: "Wir kennen unser Motto: *Es gibt keine unbeteiligten Zivilisten*" und "*die Saat von Amalek auslöschen*".

[...]

105. Parlamentarier haben öffentlich bedauert, dass jemand "Mitleid" mit den "unbeteiligten" Bürgern des Gazastreifens hat, indem sie wiederholt behaupteten, dass "es keine Unbeteiligten gibt", dass "es keine Unschuldigen in Gaza gibt", dass "die Mörder der Frauen und Kinder nicht von den Bürgern des Gazastreifens getrennt werden sollten", dass "die Kinder des Gazastreifens sich dies selbst eingebrockt haben", und dass "es für jeden dort ein Urteil geben sollte - den Tod".

[...] Parlamentarier haben auch zu "gnadenlosen" Bombardierungen "aus der Luft" aufgerufen, zum Einsatz von Atomwaffen ("Weltuntergangswaffen"), und zu einer "Nakba, die die Nakba von 48 in den Schatten stellen wird".

106. Eine ähnliche völkermörderische Rhetorik ist auch in der israelischen Zivilgesellschaft an der Tagesordnung, wobei völkermörderische Botschaften routinemäßig - ohne Zensur oder Sanktionen - in den israelischen Medien verbreitet werden.

Medienberichte rufen dazu auf, den Gazastreifen "auszuradiieren", in ein "Schlachthaus" zu verwandeln, dass "die Hamas nicht eliminiert", sondern "der Gazastreifen dem Erdboden gleichgemacht" werden sollte, mit der wiederholten Behauptung, dass "es *keine Unschuldigen* gibt ... Es gibt keine Bevölkerung. *Es gibt 2,5 Millionen Terroristen*".

Ein örtlicher Beamter forderte Berichten zufolge, Gaza solle „geleert und zerstört“ und dann in ein Museum wie das Konzentrationslager Auschwitz verwandelt“ werden, "um den Wahnsinn der Menschen, die dort lebten, zu demonstrieren". Ehemalige Abgeordnete haben ein Ausmaß der Zerstörung gefordert, das dem von Dresden und Hiroshima entspricht, und erklärt, es wäre "unmoralisch", wenn die israelische Armee sich nicht als "rachsüchtig und grausam" erweisen würde.

In einem israelischen Nachrichteninterview forderte ein ehemaliger Abgeordneter die Tötung aller Palästinenser in Gaza mit den Worten: "*Ich sage euch, in Gaza sind ausnahmslos alle Terroristen, Söhne von Hunden. Sie müssen ausgerottet werden, sie müssen alle getötet werden. Wir werden den Gazastreifen platt machen, sie in Staub verwandeln, und die Armee wird das Gebiet säubern. Dann werden wir anfangen, neue Gebiete zu bauen, für uns, vor allem zu unserer Sicherheit.*"

107. Diese Äußerungen prominenter Mitglieder der israelischen Gesellschaft - darunter ehemalige Parlamentarier und Nachrichtensprecher - stellen eine eindeutige direkte und öffentliche Aufforderung zum Völkermord dar, die von den israelischen Behörden nicht behindert und nicht geahndet wurde. Die Tatsache, dass eine solche Haltung in der israelischen Gesellschaft so weit verbreitet und vorherrschend zu sein scheint, ist besonders besorgniserregend, da die Soldaten, die im Gazastreifen Dienst tun, größtenteils Reservisten sind, die aus der Zivilgesellschaft eingezogen und von ihr geprägt werden.

E. Anerkennung der völkermörderischen Absichten Israels gegen die Palästinenser

108. [...] Zahlreiche Staaten haben zu Recht erkannt, dass Israels Erklärungen in Bezug auf Gaza völkermörderische Absichten aufweisen.

Diese Einschätzung wird von einer beträchtlichen Anzahl von Experten der Vereinten Nationen geteilt, die seit mindestens Mitte Oktober 2023 wiederholt davor gewarnt haben, dass das palästinensische Volk von einem Völkermord durch Israel ernsthaft bedroht ist. Beispiele dafür:

– Am 19. Oktober 2023 schlugen **neun Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen** "Alarm" und warnten, dass "es eine anhaltende Kampagne Israels gibt, die zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Gaza führt. In Anbetracht der Äußerungen führender israelischer Politiker und ihrer Verbündeten, begleitet von Militäraktionen in Gaza und einer Eskalation der Verhaftungen und Tötungen im Westjordanland, besteht auch die *Gefahr eines Völkermords am palästinensischen Volk*".

– Am 27. Oktober 2023 betonte der **Ausschuss der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Rassendiskriminierung**, dass er "höchst besorgt über die starke Zunahme rassistischer Hassreden und *Entmenschlichung von Palästinensern* seit dem 7. Oktober ist,^[...]

– Am 28. Oktober 2023 trat **der Direktor des New Yorker Büros des Hochkommissars für Menschenrechte** ("OHCHR") zurück, nachdem er eine weit verbreitete Rücktrittserklärung verfasst hatte, in der er die Situation in Gaza als einen "*Lehrbuchfall von Völkermord*" bezeichnete.

– Am 2. November 2023 warnten **acht Sonderberichterstatter**, dass sie "weiterhin davon überzeugt sind, dass *das palästinensische Volk von einem Völkermord bedroht ist*". [...]

– Am 16. November 2023 warnten **15 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen und 21 Mitglieder von Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen**, dass "die von Israel nach dem 7. Oktober begangenen schweren Verstöße gegen die Palästinenser, insbesondere im Gazastreifen, auf einen *bevorstehenden Völkermord* hindeuten". [...]

Die Experten äußerten "tiefe ... Besorgnis ... über ... das *Versagen des internationalen Systems, sich zu mobilisieren, um einen Völkermord zu verhindern*", [...]

– Am 20. November 2023 gab die **Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen über Gewalt gegen Frauen und Mädchen, ihre Ursachen und Folgen** eine Erklärung ab, in der sie warnte, dass "seit dem 7. Oktober der Angriff auf die Würde und die Rechte der palästinensischen Frauen neue und erschreckende Dimensionen angenommen hat, [...]

– Am 8. Dezember 2023 [...] bekräftigten **22 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen und 28 Mitglieder von Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen** ihre frühere Erklärung, in der sie vor der *Begehung eines Völkermordes* warnten.

– Am 21. Dezember 2023 wiederholte **das Komitee für die Beseitigung der Rassendiskriminierung** seine frühere Erklärung und warnte vor "Hassreden und entmenschlichenden Äußerungen, die sich gegen Palästinenser richten, und äußerte ernste Bedenken hinsichtlich der *Verpflichtung Israels und anderer Vertragsstaaten, Völkermord zu verhindern*".[...]

109. Die Organisation für Islamische Zusammenarbeit hat Israels Militäraktionen in Gaza wiederholt als "Völkermord" verurteilt, ebenso tat dies die arabische Gruppe bei den Vereinten Nationen.

Die Internationale Föderation für Menschenrechte forderte ein Ende des "Völkermords", und die Internationale Juristenkommission rief Drittstaaten dazu auf, "alle in ihrer Macht stehenden angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um einen Völkermord in Gaza zu unterbinden". Auch palästinensische Nichtregierungsorganisationen haben das israelische Vorgehen als Völkermord scharf verurteilt und den Internationalen Strafgerichtshof aufgefordert, das Verbrechen zu untersuchen.

[...]

IV. DIE ANSPRUCHSGRUNDLAGEN

110. Auf der Grundlage der obigen Ausführungen sowie der im Laufe dieses Verfahrens noch vorzulegenden weiteren Beweise ist Südafrika der Auffassung, dass das Verhalten Israels - durch seine staatlichen Organe, staatlichen Agenten und andere Personen und Einrichtungen, die auf seine Anweisung oder unter seiner Leitung, Kontrolle oder seinem Einfluss handeln - in Bezug auf die Palästinenser in Gaza gegen seine Verpflichtungen verstößt, die sich aus der Völkermordkonvention ergeben, und zwar unter Hinweis auf Artikel I, III, IV, V und VI in Verbindung mit Artikel II. Zu diesen Verstößen gegen die Völkermordkonvention gehören unter anderem:

- (a) Unterlassung der Verhinderung von Völkermord als Verstoß gegen Artikel I;
- (b) die Begehung von Völkermord als Verletzung von Artikel III (a);
- (c) Verschwörung zum Völkermord als Verletzung von Artikel III (b);

- (d) direkte und öffentliche Aufforderung zum Völkermord als Verstoß gegen Artikel III (c);
- (e) Versuch eines Völkermordes als Verstoß gegen Artikel III (d);
- (f) Mittäterschaft am Völkermord als Verstoß gegen Artikel III (e);
- (g) Unterlassung der Bestrafung von Völkermord, Verschwörung zum Völkermord, direkter und öffentlicher Anstiftung zum Völkermord, versuchtem Völkermord und Beihilfe zum Völkermord unter Verstoß gegen die Artikel I, III, IV und VI;
- (h) Unterlassung des Erlasses erforderlicher Rechtsvorschriften, um den Bestimmungen der Völkermordkonvention Wirksamkeit zu verleihen [...]
- (i) Unterlassung des Erlaubnisses bzw. direkte oder indirekte Behinderung einer Untersuchung durch zuständige internationale Gremien oder Untersuchungsmissionen der an den Palästinensern im Gazastreifen begangenen völkermordenden Handlungen [...]

V. Prozessuales

111. [...] Südafrika bittet den Gerichtshof, zu entscheiden und festzustellen:

- (1) dass sowohl die Republik Südafrika als auch der Staat Israel verpflichtet sind, gemäß den Bestimmungen aus dem Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes auch zu Gunsten der Mitglieder der palästinensischen Bevölkerung einzuschreiten und alle in ihrer Macht stehenden angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um einen Völkermord zu verhindern, und

Südafrika bittet den Gerichtshof, zu entscheiden und festzustellen,

- (2) dass der Staat Israel:
- (a) gegen die Völkermordkonvention verstoßen hat und weiterhin verstößt [...]
- (b) dass der Staat Israel unverzüglich alle Handlungen und Maßnahmen einstellen muss, die gegen diese Verpflichtungen verstoßen, [...]

- (c) dass der Staat Israel verpflichtet ist sicherzustellen, dass Personen, die Völkermord begehen, sich zur Begehung von Völkermord verschwören, unmittelbar und öffentlich zum Völkermord aufstacheln, versuchen, Völkermord zu begehen, sich am Völkermord mitschuldig machen [...]
- (d) [...] dass der Staat Israel Beweise für die an den Palästinensern im Gazastreifen begangenen Völkermordtaten, einschließlich der aus dem Gazastreifen vertriebenen Mitglieder der Gruppe, zu sammeln und aufzubewahren hat [...]
- (e) dass der Staat Israel die Verpflichtungen zur Wiedergutmachung im Interesse der palästinensischen Opfer erfüllen muss, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die Ermöglichung einer sicheren und würdigen Rückkehr in die Gebiete, aus denen sie gewaltsam vertriebenen und/oder entführt wurden; dass Palästinenser in ihre Häuser zurückkehren können; ihre vollen Menschenrechte respektieren muss und sie vor neuerlicher Diskriminierung, Verfolgung und anderen damit zusammenhängenden Handlungen schützen muss;

und dass Israel für den Wiederaufbau dessen sorgen muss, was es in Gaza zerstört hat, im Einklang mit der Verpflichtung zur Verhinderung von Völkermord gemäß Artikel I; und schließlich

(f) dass der Staat Israel Zusicherungen und Garantien geben muss, dass sich die Verstöße gegen die Völkermordkonvention nicht wiederholen [...]

ANTRAG AUF EINSTWEILIGE MASSNAHMEN

112. Entsprechend Artikel 41 der Satzung des Gerichtshofs und den Artikeln 73, 74 und 75 der Geschäftsordnung des Gerichtshofs beantragt Südafrika, dass der Gerichtshof vorläufige Maßnahmen anordnet.

In Anbetracht der Art der fraglichen Rechte sowie des anhaltenden, exzessiven und nicht wiedergutzumachenden Schadens, den die Palästinenser in Gaza erleiden, bittet Südafrika den Gerichtshof, diesen Antrag mit äußerster Dringlichkeit zu behandeln.

113. Dieser Antrag begründet sich in einer außergewöhnlich brutalen Kriegsführung Israels im Gazastreifen, die sich ausweitet und fort dauert und die Israel weiter zu steigern beabsichtigt.

114. Israel hat völkermordende Handlungen und Maßnahmen vorgenommen und solche nicht verhindert und nicht einmal unter Strafe gestellt, was eine offensichtliche Verletzung der Verpflichtungen Israels aus den Artikeln I, III (a), III (b), III

(c), III (d), III (e), IV, V und VI der Völkermordkonvention bedeutet.

Wie aus dem in der Klageschrift dargelegten Material hervorgeht, umfassen die fraglichen völkermordenden Handlungen, [...] *unter anderem*:

- (1) **die Tötung von Palästinensern im Gazastreifen**, einschließlich eines großen Anteils von Frauen und Kindern [...]
- (2) **schwere seelische und körperliche Schäden bei den Palästinensern im Gazastreifen zufügt**, unter anderem durch physische Verstümmelung, psychische Traumata und unmenschliche und erniedrigende Behandlung;
- (3) **die Zwangsevakuierung und Vertreibung von rund 85 Prozent der Palästinenser im Gazastreifen**, [...]
- (4) **die belagerten Palästinenser im Gazastreifen in großem Umfang hungern, dehydrieren und verhungern lassen** [...]
- (5) **die Unterlassung und Einschränkung der Bereitstellung von angemessenen Unterkünften, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen für die Palästinenser im Gazastreifen** [...]

- (6) **die Unterlassung, für die medizinischen Bedürfnisse der Palästinenser im Gazastreifen zu sorgen oder sicherzustellen, [...]**
- (7) **die Auslöschung des palästinensischen Lebens im Gazastreifen** durch die Zerstörung von Universitäten, Schulen, Gerichten, öffentlichen Gebäude[...]
Versorgungseinrichtungen [...] sowie die Tötung ganzer Familienverbände [...] und die Tötung prominenter und angesehener Mitglieder der Gesellschaft.
- (8) **Verhängung von Maßnahmen zur Verhinderung gesunder palästinensischer Geburten im Gazastreifen** durch reproduktive Gewalt gegen palästinensische Frauen, Neugeborene, Säuglinge und Kinder.

115. Einstweilige Maßnahmen sind in diesem Fall notwendig, weil gemäß der Völkermordkonvention die Rechte des palästinensischen Volkes, die weiterhin ungestraft verletzt werden, vor weiterem, schwerem und irreparablen Schaden zu bewahren sind. [...]

A. Zwingende Umstände machen die Anordnung einstweiliger Maßnahmen erforderlich

117. [...] Israel, Israels Beamten und/oder Agenten handeln auf der Grundlage eines Vorsatzes, die Palästinenser im Gazastreifen, die Teil einer schutzwürdigen Gruppe gemäß der Völkermordkonvention darstellen, zu vernichten.

Die für diese Beurteilung erforderlichen Tatsachen werden in der Klageschrift detailliert dargelegt und beinhalten

Folgendes:

- In Gaza ist man nirgendwo sicher.
- Israel wirft "stumme" Bomben und Bomben mit einem Gewicht von bis zu 2.000 Pfund (900 kg) auf einen der am dichtesten besiedelten Orte der Welt ab.
- In Gaza findet im Schnitt alle sechs Minuten ein Palästinenser den Tod.
- Mindestens 21.110 Palästinenser wurden bisher in Gaza getötet, weitere 7.780 werden vermisst und sind vermutlich unter den Trümmern begraben.

- Bis zum 12. Dezember 2023 wurden schätzungsweise 7.729 palästinensische Kinder getötet; mindestens 4.700 weitere Kinder und Frauen werden vermisst und sind vermutlich unter den Trümmern begraben. Das hat UNICEF dazu veranlasst, die israelischen Militärangriffe als "Krieg gegen Kinder" zu bezeichnen.
- Täglich werden Hunderte von Palästinensern im Gazastreifen verwundet, viele mit bleibenden und lebensbedrohlichen Verletzungen.
- Belagerte und bombardierte Krankenhäuser sind nicht mehr in der Lage, Kranke und Verwundete zu behandeln; nur 13 der 36 Krankenhäuser im Gazastreifen sind noch in Betrieb.
- 1,9 Millionen Palästinenser im Gazastreifen - etwa 85 Prozent der Bevölkerung - wurden gewaltsam aus ihren Wohnungen vertrieben.
- Die Palästinenser im Gazastreifen werden auf immer engere Zonen des Gazastreifens ohne ausreichenden Schutz zusammengepfercht, wo sie von Israel weiterhin bombardiert werden.

- Israel verhindert weiterhin eine ausreichende humanitäre Hilfe für die Palästinenser im Gazastreifen, einschließlich des Zugangs zu Nahrungsmitteln, Wasser, Unterkünften, Medikamenten und medizinischer Hilfe.
- Schwächere Palästinenser, darunter Kranke und Gebrechliche, Kinder und werdende Mütter, sind besonders gefährdet.
- Infektionskrankheiten verbreiten sich rasant.
- Internationale Experten warnen vor einem möglichen Massensterben durch Unterernährung.

118. Israel hat es auch unterlassen, Völkermord, Verschwörung zum Völkermord, direkte und öffentliche Aufforderung zum Völkermord, versuchten Völkermord und Komplizenschaft beim Völkermord zu verhindern oder zu bestrafen, was gegen die Artikel III und IV der Völkermordkonvention verstößt.

119. Israel bestreitet jegliches Fehlverhalten im Zusammenhang mit seinen militärischen Aktivitäten im Gazastreifen.

Es ignoriert alle Appelle Südafrikas und der internationalen Gemeinschaft, einem Begehen von Völkermord vorzubeugen. [...] Israel (hat) seine Militärkampagne nicht nur unverändert fortgesetzt, sondern eine weitere Eskalation angekündigt. Außerdem vernichtet es Beweise für sein Fehlverhalten:[...] Mit der Tötung zahlreicher palästinensischer Journalisten und Medienmitarbeiter im Gazastreifen [...] sowie durch Angriffe auf das Telekommunikationsnetz des Gazastreifens hat Israel spätere Untersuchungen der israelischen Maßnahmen gegen die Palästinenser im Gazastreifen schwieriger gemacht.[...] Auch wenn es einer begrenzten Anzahl von Journalisten gestattet wurde, sich mit der israelischen Armee in Verbindung zu setzen, sind deren Berichte trotzdem gewissen Einschränkungen und einer Zensur unterworfen. Palästinensische Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsaktivisten, die selbst der Gefahr von Angriffen durch die israelische Armee ausgesetzt bleiben, sind nicht in der Lage, die unablässigen Akte des Völkermords und sonstigen Verstöße gegen das Völkerrecht, die von Israel begangen werden, in Echtzeit zu dokumentieren. [...]

C. Die beantragte Rechtsverteidigung, ihre Glaubhaftmachung und der Zusammenhang zwischen den Vorschriften und den beantragten Maßnahmen

[...]

134. Um vorläufige Maßnahmen anzuordnen, muss der Gerichtshof nicht abschließend feststellen, dass die Palästinenser von Völkermord bedroht sind oder völkermordenden Handlungen ausgesetzt seien, oder dass Israel auf andere Weise gegen seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention verstoße. Vielmehr reicht es aus, dass die Verpflichtung Südafrikas, zur Verhinderung von Völkermord tätig zu werden, oder das Recht Südafrikas, von Israel die Einhaltung seiner Verpflichtungen aus der Konvention zu verlangen, keinen Völkermord zu begehen und Völkermord und damit zusammenhängende verbotene Handlungen gemäß der Konvention zu verhindern und zu bestrafen, "plausibel" sind.⁵⁵³

[...]

135. Die in diesem Antrag und dem Ersuchen um vorläufige Maßnahmen beschriebenen Tatsachen und Umstände belegen,

dass die beanstandeten Handlungen - die Israel begangen hat und weiterhin begeht - zumindest plausibel als "völkermordend" bezeichnet werden können.

Der erforderliche *dolus specialis* lässt sich dabei nicht nur aus Israels Verhalten gegenüber den Palästinensern in Gaza ableiten, sondern auch aus eindeutigen, wiederholten menschenfeindlichen Äußerungen israelischer Regierungs- und Militärbeamter ihnen gegenüber.

Diese Äußerungen wurden von zahlreichen Staatsoberhäuptern und anderen Staatsbeamten und -vertretern sowie von zahlreichen Experten der Vereinten Nationen und verschiedenen Menschenrechtsorganisationen und -institutionen vernommen, die wiederholt davor gewarnt haben, dass das Vorgehen Israels einem Völkermord am palästinensischen Volk gleichkommt oder die Gefahr eines solchen besteht.

Folglich sind die Rechte, auf die sich Südafrika in seinem Antrag auf Erlass vorläufiger Maßnahmen beruft, zumindest "plausibel". Ihr Schutz deckt sich in der Tat mit dem eigentlichen Ziel und Zweck der Völkermordkonvention.

D. Die Gefahr irreparabler Schäden und die Dringlichkeit einer Intervention

136. Der Gerichtshof ist insbesondere befugt, einstweilige Maßnahmen anzuordnen, "wenn Dringlichkeit in dem Sinne gegeben ist, dass die tatsächliche und unmittelbare Gefahr des Eintretens eines nicht wieder gutzumachenden Schadens besteht, bevor der Gerichtshof seine endgültige Entscheidung gefällt hat". [...]

137. Für die Anordnung einstweiliger Maßnahmen in einer Rechtssache auf Antrag einer Partei, die Verstöße gegen die Völkermordkonvention behauptet, "ist der Gerichtshof nicht verpflichtet, das Vorliegen von Verstößen gegen die Völkermordkonvention festzustellen.

Es genügt die Prüfung, ob die Umstände die Verhängung einstweiliger Maßnahmen zum Schutz der Rechte aus dieser Konvention erfordern", als "plausibel erscheinen".

[...]

141. Es besteht ganz offensichtlich die Gefahr, dass die Rechte der Palästinenser und die Rechte Südafrikas gemäß der Völkermordkonvention irreparabel beeinträchtigt werden. [...]

Sollten diese Verstöße gegen die Völkermordkonvention unberücksichtigt bleiben, besteht nicht nur die Gefahr, sondern die Gewissheit weiterer erheblicher und nicht wiedergutzumachender Verluste an Leben und Eigentum, schwerer körperlicher Schäden und einer sich immer weiter verschärfenden humanitären Krise.

Auch die Möglichkeit, Beweise für den Hauptteil des Verfahrens zu sammeln und zu sichern, würde ernsthaft beeinträchtigt, wenn nicht sogar ganz verloren gehen.

[...]

143. Die 2,3 Millionen Palästinenser im Gazastreifen, darunter über eine Million Kinder, sind extrem gefährdet. Ihre Existenz ist ernsthaft bedroht. Sie bedürfen immer dringender des Schutzes durch den Gerichtshof.

Mit jedem Tag, an dem die israelischen Militärangriffe fortgesetzt werden, werden weitere erhebliche Verluste an Menschenleben und Eigentum verursacht und schwere Menschenrechtsverletzungen begangen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Voraussetzungen für die Verhängung vorläufiger Maßnahmen hier erfüllt sind.

E. Beantragte vorläufige Maßnahmen

144. Auf der Grundlage des oben dargelegten Sachverhalts ersucht Südafrika als Vertragsstaat der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes den Gerichtshof in äußerster Dringlichkeit, bis zur Entscheidung des Gerichtshofs in der Hauptsache die folgenden vorläufigen Maßnahmen in Bezug auf das palästinensische Volk als eine durch die Völkermordkonvention geschützte Gruppe anzuordnen. Diese Maßnahmen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Rechten, die Gegenstand des Rechtsstreits Südafrikas mit Israel sind:

- (1) Der Staat Israel stellt seine militärischen Operationen im und gegen den Gazastreifen unverzüglich ein.
- (2) Der Staat Israel stellt sicher, dass alle militärischen oder irregulären bewaffneten Einheiten, die von ihm geleitet, unterstützt oder beeinflusst werden können, sowie alle Organisationen und Personen, die seiner Kontrolle, Leitung oder seinem Einfluss unterliegen können, keine Schritte unternehmen, die die unter Nummer 1 genannten militärischen Operationen fördern.

(3) Die Republik Südafrika und der Staat Israel ergreifen in Übereinstimmung mit ihren Verpflichtungen aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes in Bezug auf das palästinensische Volk alle in ihrer Macht stehenden angemessenen Maßnahmen, um Völkermord zu verhindern.

(4) Der Staat Israel unterlässt in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes in Bezug auf das palästinensische Volk als eine durch die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes geschützte Gruppe alle Handlungen, die in den Anwendungsbereich von Artikel II der Konvention fallen, insbesondere:

(a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;

(b) schwere körperliche oder seelische Schäden für die Mitglieder der Gruppe verursachen;

(c) die vorsätzliche Schaffung von Lebensbedingungen, die darauf abzielen, die Gruppe ganz oder teilweise physisch zu zerstören; und

(d) Verhängung von Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten innerhalb der Gruppe.

(5) Der Staat Israel unterlässt gemäß Nummer 4 Buchstabe c in Bezug auf Palästinenser alle Maßnahmen, die in seiner Macht stehen, einschließlich der Aufhebung einschlägiger Anordnungen, Beschränkungen und/oder Verbote, um zu verhindern:

(e) die Vertreibung und Zwangsumsiedlung aus ihren Häusern;

(f) den Entzug von:

(i) Zugang zu angemessener Nahrung und Wasser;

(ii) Zugang zu humanitärer Hilfe, einschließlich Zugang zu angemessenem Brennstoff, Unterkünften, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen;

(iii) medizinische Versorgung und Hilfe; und

(g) die Zerstörung des palästinensischen Lebens in Gaza.

- (6) Der Staat Israel hat in Bezug auf die Palästinenser sicherzustellen, dass sein Militär sowie alle irregulären bewaffneten Einheiten oder Einzelpersonen, die von ihm geleitet, unterstützt oder anderweitig beeinflusst werden, und alle Organisationen und Personen, die seiner Kontrolle, Leitung oder seinem Einfluss unterliegen, keine der in den Absätzen 4 und 5 beschriebenen Handlungen begehen, oder direkt und öffentlich zum Völkermord aufstacheln, sich zur Begehung eines Völkermordes verschwören, einen Versuch zur Begehung eines Völkermordes unternehmen oder sich der Beihilfe zum Völkermord schuldig machen, und dass, sofern sie sich daran beteiligen, Schritte zu ihrer Bestrafung [...] unternommen werden.

(7) Der Staat Israel ergreift wirksame Maßnahmen, um die Zerstörung von Beweismaterial zu verhindern und die Erhaltung von Beweismaterial zu gewährleisten

(8) Der Staat Israel legt dem Gerichtshof innerhalb einer Woche ab dem Datum dieses Beschlusses und danach in regelmäßigen Abständen, die der Gerichtshof anordnet, einen Bericht über alle Maßnahmen vor, die zur Durchführung dieses Beschlusses getroffen wurden, bis der Gerichtshof eine endgültige Entscheidung in der Sache trifft.

(9) Der Staat Israel enthält sich jeglicher Handlung und stellt sicher, dass keine Maßnahmen ergriffen werden, die die Streitigkeit vor dem Gerichtshof verschlimmern oder ausweiten oder ihre Beilegung erschweren könnten.

145. Die beantragten einstweiligen Maßnahmen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Rechten, die Gegenstand des Rechtsstreits sind.

Die ersten sechs vorläufigen Maßnahmen werden beantragt, um sicherzustellen, dass Israel seinen Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention nachkommt, keinen Völkermord zu begehen und Völkermord zu verhindern und zu bestrafen, sowie um die Rechte und Pflichten Südafrikas zur Verhinderung eines Völkermords zu wahren und zu bekräftigen, und die Palästinenser in Gaza vor der Zerstörung zu schützen. Die letzten drei beantragten einstweiligen Maßnahmen zielen darauf ab, die Integrität des Verfahrens vor dem Gerichtshof und das Recht Südafrikas auf eine faire Entscheidung seiner Klage zu schützen, unter anderem durch die Sicherstellung der Beweissicherung.

Den Haag,
(Gezeichnet)

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'C. C. C. C. C.', with the date '28/12/2023' written below it.

Beschluss des internationalen Gerichtshofs am 26. Januar 2024

Auszug:

DER GERICHTSHOF

verkündet die folgenden vorläufigen Maßnahmen:

(1) Der Staat Israel ergreift in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes in Bezug auf die Palästinenser in Gaza alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen, um die Begehung aller Handlungen zu verhindern, die in den Anwendungsbereich von Artikel II dieser Konvention fallen, insbesondere:

(a) die Tötung von Mitgliedern der Gruppe;

(b) die Verursachung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden bei Mitgliedern der Gruppe;

(c) der Gruppe vorsätzlich Lebensbedingungen aufzuerlegen, die ihre vollständige oder teilweise physische Vernichtung herbeiführen sollen, und

(d) die Verhängung von Maßnahmen, die darauf abzielen, Geburten innerhalb der Gruppe zu verhindern;

(2) Der Staat Israel stellt mit sofortiger Wirkung sicher, dass sein Militär keine der in Punkt 1 beschriebenen Handlungen begeht;

(3) Der Staat Israel ergreift alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen, um die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord an Mitgliedern der palästinensischen Gruppe im Gazastreifen zu verhindern und zu bestrafen;

(4) Der Staat Israel ergreift sofortige und wirksame Maßnahmen, um die Bereitstellung dringend benötigter grundlegender Dienstleistungen und humanitärer Hilfe zu ermöglichen, um die widrigen Lebensbedingungen der Palästinenser im Gazastreifen zu verbessern;

(5) Der Staat Israel ergreift wirksame Maßnahmen, um die Zerstörung von Beweismaterial zu verhindern und die Sicherung von Beweismaterial zu gewährleisten, das im Zusammenhang mit dem Vorwurf von Handlungen steht, die in den Anwendungsbereich der Artikel II und III der Konvention

über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes an Mitgliedern der palästinensischen Gruppe im Gazastreifen fallen;

(6) Der Staat Israel legt dem Gerichtshof innerhalb eines Monats ab dem Datum dieses Beschlusses einen Bericht über alle Maßnahmen vor, die er zur Durchführung dieses Beschlusses getroffen hat.

Abstimmung der IGH-Richter: Punkte 1,2,5 und 6:

15 dafür, 2 dagegen (Uganda und Israel)

Punkte 3 und 4: 16 dafür, Uganda dagegen.